

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Die demografische Entwicklung in Sachsens Gemeinden

Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup

Wer Fake News (nicht) erkennt und verbreitet

K. Perin Arin, Deni Mazrekaj und Marcel Thum

Wie verzerrte Arbeitsmarkt- erwartungen die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutsch- land beeinflussen

*Almut Balleer, Georg Duernecker,
Susanne Forstner und Johannes Goensch*

IM BLICKPUNKT

Insolvenzen und Gewerbe- abmeldungen in Sachsen: Schlägt sich der Krieg in den Zahlen nieder?

Albert Landsberger

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

Mit regionalen Potenzialen gegen den Fachkräftemangel?

Ernst Glöckner



ifo Dresden berichtet

ISSN 0945-5922

30. Jahrgang (2023)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,

Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: Druckhaus Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

Im Internet:

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE**Mit regionalen Potenzialen gegen den Fachkräftemangel? 3***Ernst Glöckner*

Der zunehmende Fachkräftemangel trifft ganz Deutschland, aber aufgrund regionaler Charakteristika bieten sich nicht allen Bundesländern die gleichen Lösungsstrategien an, um die Wirtschaftsleistung zu erhalten. Politik und Wirtschaft diskutieren, mit welchen Strategien sich Arbeitsplätze in Zukunft besetzen lassen. Im Zentrum steht die Frage, ob unbesetzte Stellen durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland zu besetzen sind, oder ob regionale Potenziale ausgeschöpft und so das heimische Arbeitsangebot erhöht werden können. Im Folgenden wird diese Frage anhand des Beispiels Thüringen untersucht.

Die demografische Entwicklung in Sachsens Gemeinden 10*Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup*

Wir typisieren Gemeinden in Sachsen in Hinblick auf ihre demografische Entwicklung. Wir identifizieren fünf Typen von Gemeinden: Typ-1-Gemeinden stehen vor großen demografischen Herausforderungen und liegen überwiegend weit von den drei Kreisfreien Städten entfernt; Gemeinden der Typen 2,3 und 4 weisen eine positivere demografische Entwicklung auf, wobei Typ-4-Gemeinden häufig im Umland der Großstädte zu finden sind; Typ-5-Gemeinden liegen überwiegend im Umland von Leipzig und Dresden und sind durch eine positive Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet.

Wer Fake News (nicht) erkennt und verbreitet 14*K. Peren Arin, Deni Mazrekaj und Marcel Thum*

Anhand von groß angelegten Umfragen in Deutschland und im Vereinigten Königreich untersuchen wir die individuellen Determinanten der Fähigkeit, Fake News zu erkennen, und der Neigung, sie zu teilen. Wir unterscheiden zwischen absichtlichem und versehentlichem Teilen von Fake News. Das versehentliche Teilen von Fake News geschieht viel häufiger als das absichtliche Teilen. Außerdem zeigen unsere Ergebnisse, dass ältere, männliche, einkommensstarke und politisch links orientierte Befragte Fake News besser erkennen. Das versehentliche Teilen von Fake News nimmt mit dem Alter ab und kommt unter rechtsgerichteten Befragten häufiger vor. Das absichtliche Teilen von Fake News ist vor allem bei jüngeren Befragten im Vereinigten Königreich stärker ausgeprägt.

Wie verzerrte Arbeitsmarkterwartungen die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland beeinflussen 17*Almut Balleer, Georg Duernecker, Susanne Forstner und Johannes Goensch*

Anhand von Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysieren wir subjektive und objektive Wahrscheinlichkeiten von Arbeitsmarktänderungen und zeigen, dass Arbeitnehmer*innen in Deutschland im Durchschnitt pessimistisch sind, innerhalb von zwei Jahren ihren Arbeitsplatz zu verlieren, während Arbeitslose im Durchschnitt optimistisch sind, innerhalb von zwei Jahren eine Stelle zu finden. Hierbei sind ostdeutsche Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose pessimistischer als ihre westdeutschen Kolleg*innen. Wir zeigen einen negativen Zusammenhang zwischen Pessimismus und Löhnen sowie einen positiven Zusammenhang zwischen Optimismus und Reservationslöhnen. In einer kontrafaktischen Analyse ergibt sich, dass die Unterschiede im Pessimismus zwischen Ost- und Westdeutschland zwischen 3 und 5 Prozentpunkte des Lohnunterschiedes zwischen diesen beiden Regionen erklären können.

IM BLICKPUNKT

Insolvenzen und Gewerbeabmeldungen in Sachsen: Schlägt sich der Krieg in den Zahlen nieder?	23
<i>Albert Landsberger</i>	

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 traf Sachsens Wirtschaft zu einem sensiblen Zeitpunkt. Die Rezession, ausgelöst durch die Coronakrise, schien gerade überwunden zu sein und die Wirtschaft wieder Fahrt aufzunehmen. Die Befürchtungen waren groß, dass viele Unternehmen in dieser zweiten Krise einer Schließung nicht mehr entgehen könnten. In Krisenzeiten liegt oft der Fokus auf den Insolvenzzahlen. Sie gelten als ein bedeutender Gradmesser für die wirtschaftliche Lage. Dieser Artikel zeigt, dass die Gewerbeabmeldungen ein deutlich relevanterer Indikator sind und die Befürchtungen hinsichtlich steigender Insolvenzzahlen, aber auch in Bezug auf Gewerbeabmeldungen, nicht eingetreten sind.

DATEN UND PROGNOSEN

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen	27
<i>Niels Gillmann und Ernst Glöckner</i>	

AUS DEM ifo DRESDEN

ifo Veranstaltungen	30
ifo Veröffentlichungen	30
ifo Vorträge	30
ifo in den Medien	31

Ernst Glöckner*

Mit regionalen Potenzialen gegen den Fachkräftemangel?

Der zunehmende Fachkräftemangel trifft ganz Deutschland, aber aufgrund regionaler Charakteristika bieten sich nicht allen Bundesländern die gleichen Lösungsstrategien an, um die Wirtschaftsleistung zu erhalten. Politik und Wirtschaft diskutieren, mit welchen Strategien sich Arbeitsplätze in Zukunft besetzen lassen. Im Zentrum steht die Frage, ob unbesetzte Stellen durch Zuwanderung aus dem In- und Ausland zu besetzen sind, oder ob regionale Potenziale ausgeschöpft und so das heimische Arbeitsangebot erhöht werden können. Im Folgenden wird diese Frage anhand des Beispiels Thüringen untersucht.

Die Arbeitswelt von morgen wird von starken Strömungen geprägt. Langfristige Trends wie die zunehmende Digitalisierung, die Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftliche Strukturwandel, aber auch aktuelle Krisen wie der Corona-Schock und die hohen Energiepreissteigerungen im Gefolge des Krieges in der Ukraine wirken sich direkt und indirekt auf die Nachfrage nach Arbeitskräften aus. Auf der Angebotsseite ist es vor allem die alternde Bevölkerung, die vielerorts zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials führt, d. h. der Anzahl derjenigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, indem sie arbeiten oder Arbeit suchen.

Diese Entwicklungen werden oft für den Wirtschaftsstandort Deutschland in seiner Gesamtheit betrachtet. Aufgrund von regionalen Unterschieden in der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur ist zu erwarten, dass künftige Arbeitskräfteengpässe zwischen den Bundesländern unterschiedlich ausfallen werden. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen sukzessive in den Ruhestand. Charakteristisch für die Bundesländer im Osten Deutschlands ist, dass die nachfolgenden Jahrgänge aufgrund des Einbruchs der Geburtenzahlen in der unmittelbaren Nachwendzeit und selektiver Abwanderung während der letzten drei Jahrzehnte schwächer besetzt sind als diejenigen, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Auch die Zuwanderung unterscheidet sich zwischen den einzelnen Bundesländern stark. Somit ist davon auszugehen, dass auch Diskrepanzen zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage regional unterschiedlich stark zunehmen werden und wohlmöglich die Bedarfe mancherorts in absehbarer Zeit nicht mehr vollständig gedeckt werden können.

In einer Studie¹ für das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie hat die Niederlassung Dresden des ifo Instituts zusammen mit der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) eine Projektion der Entwicklung des Thüringer Arbeitsmarktes bis 2035 berechnet und ausgewertet (vgl. Bernhardt et al. 2023). Die Projektion folgt der aktuellen siebten Welle des QuBe-Modells, das gemeinsam vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der GWS erstellt wird (Zika et al. 2023). Es ermöglicht eine langfristige Perspektive auf die Entwicklung von Arbeitsangebot und -nachfrage nach Qualifikationen und Berufen. Dem Basis-

modell liegt die Annahme zugrunde, dass bestehende Trends und Verhaltensweisen beibehalten werden. Außerdem werden unumkehrbare Schocks und bereits beschlossene Maßnahmen berücksichtigt.

Aus der Projektion geht hervor, dass bis zum Jahr 2035 in Thüringen mit einem altersbedingten Arbeitskräfteverlust in Höhe von rund 385 000 Personen zu rechnen ist. Diese sind Stand 2021 noch erwerbstätig und werden bis 2035 das 65. Lebensjahr überschritten haben und aus dem Arbeitsleben austreten. Davon werden etwa 138 000 Stellen nicht neu besetzt werden, entweder da aufgrund des demografischen Wandels die Nachfrage zurückgeht oder aber da sie aufgrund des Mangels an Fach- und Arbeitskräften nicht nachbesetzt werden können. Die Differenz, 247 000 Arbeitsplätze werden also bis zum Jahr 2035 neu besetzt. Da das Angebot an Arbeitskräften der restringierende Faktor sein wird, ist in Thüringen von Vollbeschäftigung auszugehen. Dies bedeutet aber nicht, dass zusätzliche Arbeitskräfte die Erwerbslosigkeit erhöhen. Im Gegenteil: Zusätzliche Arbeitskräfte werden vom Arbeitsmarkt absorbiert werden. Nur wenn mehr als die besagten 247 000 zusätzlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sind in der Thüringer Wirtschaft Wachstumsprozesse möglich.

Wie diese Zahl an Arbeitskräften aufgebracht werden soll, ist Gegenstand der Diskussion. Im öffentlichen Diskurs wird erkundet, welche Potenziale ausgeschöpft werden können. Diese lassen sich im Wesentlichen in zwei Gruppen einteilen. Die erste Gruppe bilden die endogenen Potenziale, also solche, die sich aus dem Pool der bereits in Thüringen lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter aktivieren lassen. Dazu zählen beispielsweise die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung oder der Abbau von Teilzeitarbeit. Die zweite Gruppe bilden die exogenen Potenziale, die genutzt werden, indem Thüringen zusätzliche Arbeitskraft aus dem übrigen Bundesgebiet oder dem Ausland gewinnt. Im Rahmen der Fachkräftestudie wurden diese Potenziale anhand des jeweils zum Zeitpunkt der Erhebung verfügbaren Datenstandes quantifiziert. Diese werden im Folgenden präsentiert. Im Vergleich zu den projizierten Bedarfen zeigt sich, in welchen

* Ernst Glöckner ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Bereichen Potenziale bestehen und welche Pools schon ausgereizt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bestehende Trends in den einzelnen Kategorien schon in die Projektion mit einfließen. Allerdings sind diese Trends keine Automatismen, sondern werden durch politische Maßnahmen erst angeregt und dadurch auch in gewissem Maße steuerbar – so könnten Potenziale stärker ausgenutzt werden.

WIEDERBESCHÄFTIGUNG VON ARBEITSLOSEN

Ein erster Ansatzpunkt zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs sind Maßnahmen zum Abbau der noch bestehenden Arbeitslosigkeit in Thüringen. Im Jahresdurchschnitt 2022 waren im Freistaat ca. 58000 Personen arbeitslos gemeldet, darunter ca. 21000 Langzeitarbeitslose. Das entsprach einer Arbeitslosenquote von nur 5,3%. Der Zustand „Vollbeschäftigung“ wird typischerweise mit einer Arbeitslosenquote von 2% angegeben, da immer einige Personen zum Zeitpunkt der Messung infolge eines Jobwechsels oder Berufseinstiegs auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind (friktionelle Arbeitslosigkeit). Das Land ist also bereits heute nahe der Vollbeschäftigung. Dadurch ist das Potenzial zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs schon quantitativ beschränkt. Unter der Annahme der Vollbeschäftigungs-Arbeitslosenquote beträgt es rechnerisch (ohne Berücksichtigung etwaiger Qualifikationsdefizite oder anderer Einstellungshemmnisse) nur rund 36000 Personen. Unter der Annahme, dass insbesondere bei Langzeitarbeitslosen Einstellungshemmnisse vorliegen und diese somit nicht alle kurzfristig mobilisierbar sind, beläuft sich das Einstellungspotenzial auf sogar nur rund 15200 Personen.

Wird darüber hinaus die Altersstruktur des Arbeitslosenbestandes in Thüringen berücksichtigt (vgl. Abb. 1), wird deutlich, dass das tatsächliche Einstellungspotenzial noch geringer

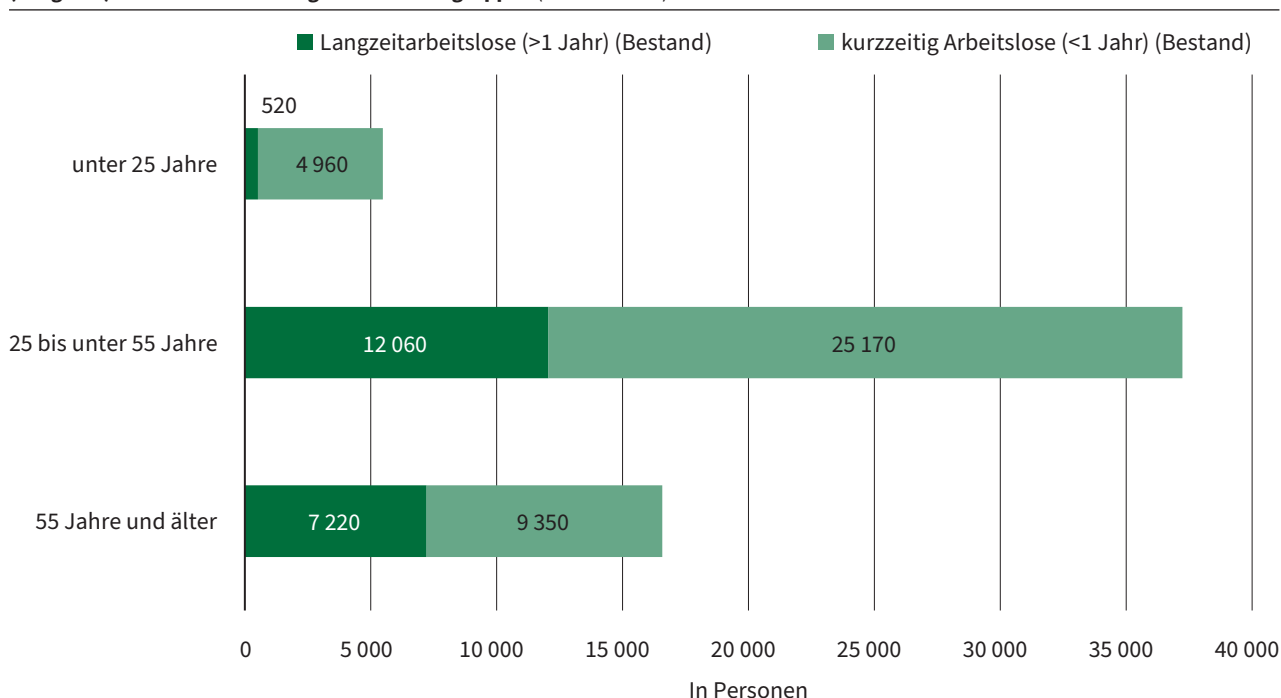
ist. Mehr als ein Viertel der Arbeitslosen (und sogar mehr als ein Drittel der Langzeitarbeitslosen) sind 55 Jahre und älter und scheiden bis 2035 ohnehin aus dem Erwerbspersonenpotenzial aus. Von größerer Bedeutung ist die Gruppe der Arbeitslosen im Alter von 25 bis 55 Jahren, auf die rund 63% aller Arbeitslosen in Thüringen entfallen. Insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen liegen hier Potenziale, die aber in vielen Fällen nur durch entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen tatsächlich gehoben werden können.

Die Arbeitsmarktchancen von Erwerbspersonen werden in hohem Maß von deren Qualifikationsniveau bestimmt. Dies zeigt sich bei der Betrachtung der Arbeitslosigkeit nach beruflichem Abschluss: Im Jahr 2022 hatten 38% der Arbeitslosen in Thüringen keine abgeschlossene Berufsausbildung. Auch hier zeigt sich, dass vor allem in der Altersgruppe der 25- bis 55-Jährigen vergleichsweise viele Arbeitslose (rund 42%) keinen Berufsabschluss aufweisen. Rund die Hälfte der Arbeitslosen in dieser Altersgruppe war zuvor zudem auch nur auf dem Anforderungsniveau „Helfer“ beschäftigt, dem niedrigsten der vier Anforderungsniveaus nach der Klassifikation der Bundesagentur für Arbeit. Eine gezielte Nachqualifizierung eben dieser Gruppe wäre nötig, damit sie einen wichtigen Beitrag zur Behebung eines Arbeitskräftemangels in bestimmten Berufsgruppen leisten kann.

ERHÖHUNG DER ERWERBSBETEILIGUNG

Eine weitere mögliche Quelle für die Deckung von Arbeitskräftebedarfen liegt in der Ausweitung des Arbeitsangebots durch Erhöhung der Erwerbsbeteiligung. Betrachtet man die Erwerbstätigenquote (vgl. Abb. 2) nach Altersgruppen, wird ersichtlich, dass die Beteiligungsquote der jungen bzw. alten Bevölkerungsgruppen relativ niedrig ist. Bei den 20- bis 30-

Abb. 1
(Langzeit-)Arbeitslose in Thüringen nach Altersgruppen (Oktober 2022)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Jährigen dürfte dies überwiegend auf ein Studium, bei den 60- bis 65-Jährigen auf einen vorgezogenen Renteneintritt zurückzuführen sein. Durch eine Erhöhung der Erwerbsquote der 20- bis 30-Jährigen auf jene der nächsthöheren Altersgruppe könnte rechnerisch ein Potenzial von maximal 16000 zusätzlichen Arbeitskräften generiert werden. Dies würde aber voraussetzen, dass weniger junge Menschen in Thüringen ein Studium aufnehmen, was im Widerspruch zu den steigenden Qualifikationsanforderungen an künftige Berufsanfänger stehen könnte. Ein Anheben der Erwerbsquote der 55- bis 65-Jährigen auf jene der jeweils vorangehenden Altersgruppe würde rechnerisch zusätzlich rund 47000 Erwerbspersonen ausmachen. Das daraus resultierende rechnerische Potenzial von insgesamt 63600 Personen wird allerdings ohnehin nicht vollständig zu heben sein, da die Entscheidung für ein Studium oder einen vorzeitigen Renteneintritt auf einer individuellen Entscheidung beruht.

Differenziert man nach Geschlecht, fällt auf, dass die Erwerbstätigenquote der Frauen in fast allen Altersgruppen unter jener der Männer liegt. Generell liegt die Erwerbstätigenquote von Frauen in Ostdeutschland über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Dies hat zum einen historische Gründe, nämlich die politisch gewünschte Erwerbsintegration von Frauen in der DDR und die dafür geschaffene günstige Kinderbetreuungsstruktur, zum anderen aber auch, dass aufgrund der insgesamt niedrigeren Löhne im Osten das Haushaltseinkommen vielfach nur durch eine hohe Erwerbsbeteiligung beider Partner gesichert werden kann. Thüringen bildet hier keine Ausnahme. Im Jahr 2021 lag die Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren in Thüringen bei 79,2% und damit nur leicht niedriger als jene der Männer (83,6%). Damit kann durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen nur noch ein geringes zusätzliches Potenzial an Arbeitskräften

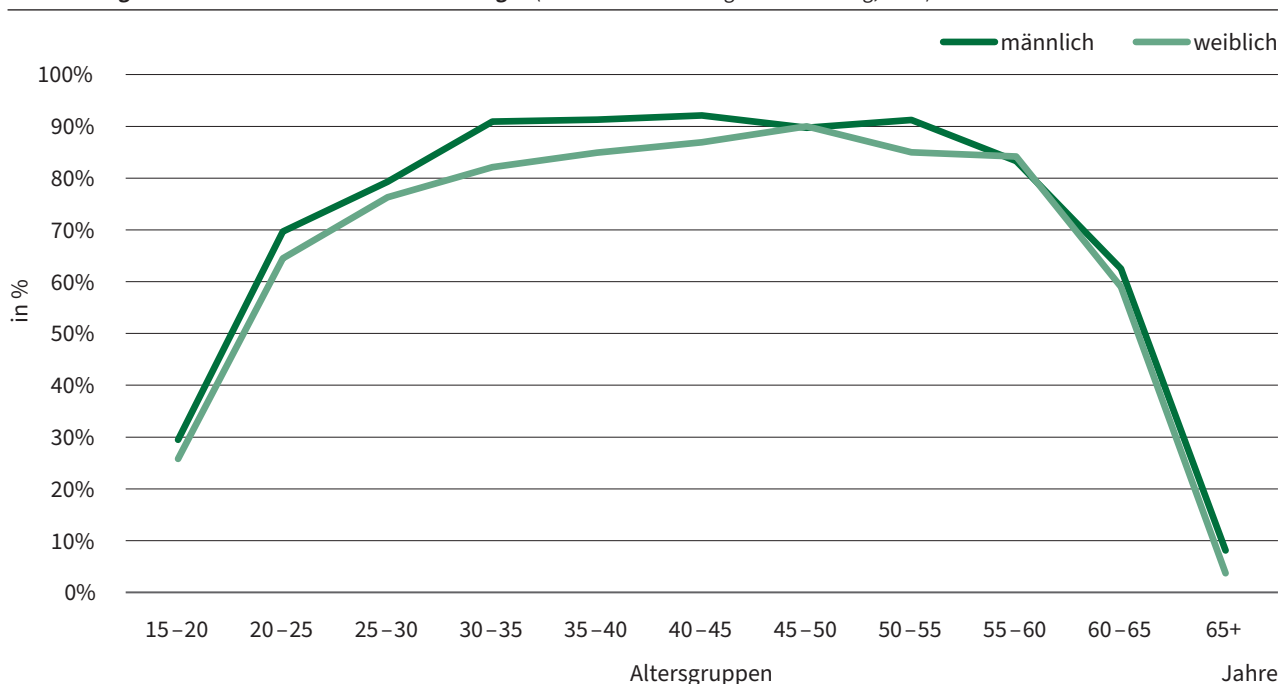
in Thüringen generiert werden: Würde die Erwerbstätigenquote der Frauen auf jene der Männer angehoben, ließen sich rechnerisch lediglich rund 25600 zusätzliche Arbeitskräfte gewinnen. Die Differenz zwischen Männern und Frauen ist mit 8,8 Prozentpunkten bei den 30- bis 35-Jährigen am größten und auch bei den 35- bis 40-Jährigen mit 7,2 Prozentpunkten noch recht hoch. Da dies die Altersgruppen in der typischen Familiengründungsphase sind, könnte dies auf Schwierigkeiten hinweisen, Frauen mit jüngeren Kindern im Erwerbsleben zu halten. Als Ursache dürfte eine höhere Präferenz der Frauen für Familienarbeit statt für Erwerbsarbeit wahrscheinlich sein, vor allem, wenn das Familieneinkommen ausreichend ist. Eine unzureichende Verfügbarkeit von hinreichend flexiblen Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder familienfreundlichen Arbeitsplätzen könnte ebenfalls ein Hindernis darstellen. Soweit die geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen auf einer freiwilligen Entscheidung beruht, bieten sich jedoch kaum Handlungsmöglichkeiten des Landes, dieses Potenzial zu nutzen.

ABBAU VON TEILZEITARBEIT

Zwar liegt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Thüringen wie gezeigt etwas niedriger als jene der Männer, weitaus bedeutsamer sind aber Unterschiede in der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Während nur 11% der männlichen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Teilzeit arbeiten, sind es bei den Thüringerinnen 48% (Stand 2022). Die Arbeitszeit der teilzeitbeschäftigten Frauen in Ostdeutschland fällt um rund 40% geringer aus als jene der Frauen in Vollzeit und beträgt nur rund 23 Stunden pro Woche. Es ist anzunehmen, dass vor allem Frauen in der Familiengründungsphase mit eingeschränkter Stundenzahl arbeiten. Dies zeigt sich auch bei den geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr, die allerdings nur für Ostdeutschland

Abb. 2

Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen in Thüringen (in % der erwerbsfähigen Bevölkerung, 2021)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

insgesamt vorliegen: Demnach ist die Jahresarbeitszeit von Frauen insbesondere in der Gruppe der in Teilzeit beschäftigten Unter-30-Jährigen verhältnismäßig gering, während sie bei den 30- bis 39-Jährigen wieder ansteigt (vgl. Abb. 3). Auffällig ist zudem, dass die Arbeitszeiten selbst der vollzeitbeschäftigten Frauen etwas niedriger ausfallen als jene der Männer. Dies dürfte auf ein entsprechendes Berufswahlverhalten der Frauen zurückzuführen sein.

Die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit durch einen Abbau von Teilzeitarbeit könnte das Arbeitsangebot (gemessen in Arbeitsstunden) deutlich steigern. Bei rund 183 000 Frauen und rund 43 000 Männern, die in Teilzeit arbeiten, ergäben sich durch eine Angleichung an die Jahresarbeitszeit von Frauen und Männern in Vollzeit zusätzliche 159,9 Mill. Arbeitsstunden, was einem Kräftezuwachs von zusätzlichen 78 000 Frauen und 22 000 Männern in Vollzeit entspricht. Durch Umwandlung von Teilzeitbeschäftigung in Vollzeitbeschäftigung könnte so rechnerisch ein zusätzliches Arbeitsvolumen in Höhe von annähernd 100 000 Vollzeitäquivalenten generiert werden. Natürlich zeigt diese hypothetische Kalkulation nur ein rechnerisches Potenzial auf und berücksichtigt keine Spezialisierungen oder Qualifikationen. Außerdem dürfte auch hier abhängig von den Ursachen für die geringere Arbeitszeit nur ein Teil dieses Potenzials realisierbar sein, weil sich Menschen freiwillig, zum Beispiel wegen individueller Arbeitszeitpräferenzen oder aufgrund ausreichenden Haushaltseinkommens dafür entscheiden, nur in Teilzeit zu arbeiten. Nur in den Fällen unfreiwilliger Teilzeit lässt sich deshalb ein wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf ableiten, der dann an den jeweiligen Ursachen anzusetzen hat, beispielsweise bei der Einrichtung von Kinderbetreuungs- oder Pflegeeinrichtungen. Teilzeitarbeit könnte aber auch auf das fehlende Angebot von Vollzeitarbeitsplätzen oder auf familienunfreundlichen Arbeitsbedingungen

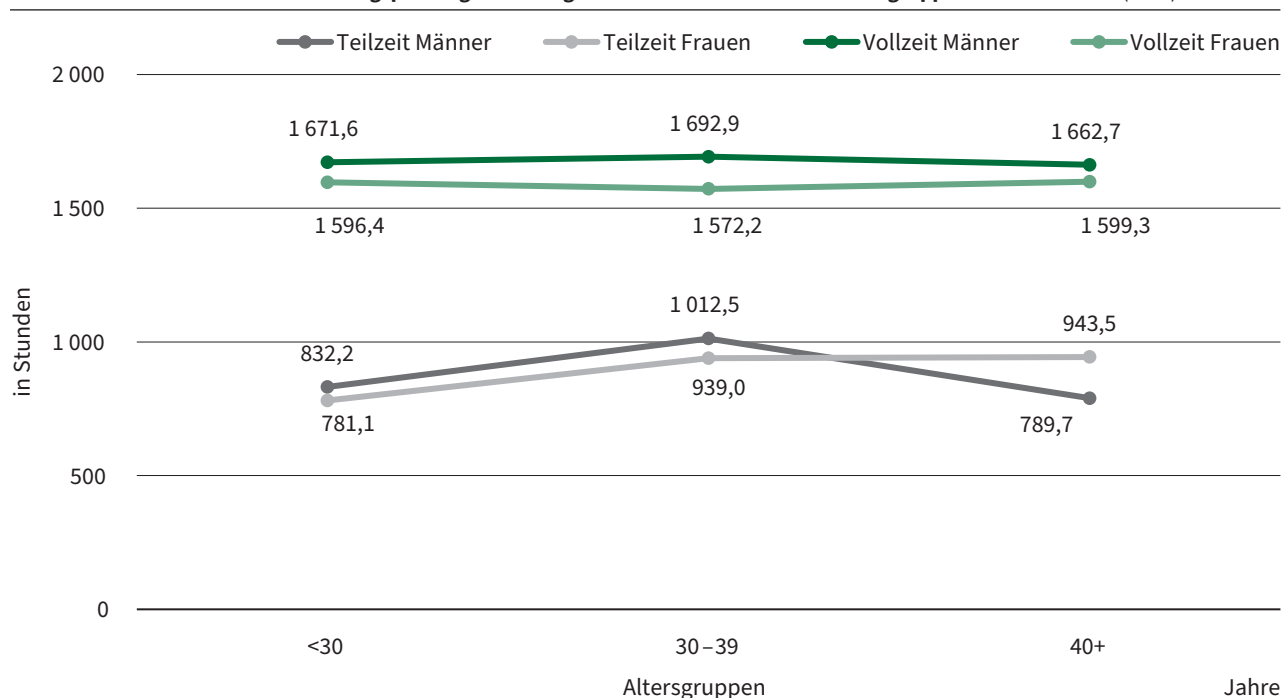
in den Unternehmen zurückzuführen sein. In diesem Fall wäre es Aufgabe der Unternehmen selbst, diese Probleme zu beheben. Die Anreize hierfür dürften bei Unternehmen, die vom Fachkräftemangel direkt betroffen sind, von selbst entstehen.

RÜCKGEWINN VON PENDLER*INNEN

Ein exogenes Potenzial für eine Deckung des Arbeitskräftebedarfs in Thüringen wird häufig in der Rückholung von Auspendelnden aus Thüringen gesehen. Mit einem negativen Pendelsaldo² in Höhe von rund 58 000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (Stand 2021) arbeiten nämlich vergleichsweise viele Arbeitskräfte aus Thüringen in anderen (vor allem westdeutschen) Bundesländern. Dies ist vor allem auf die Lage des Freistaats zurückzuführen, da Thüringen an drei westdeutsche Länder mit tendenziell höheren Löhnen angrenzt. Im Hinblick auf die Gewinnung von Arbeitskräften müssen Einpendelnde und Auspendelnde getrennt betrachtet werden. Einpendelnde aus dem übrigen Bundesgebiet (ca. 66 000) gehen definitionsgemäß bereits einer Arbeit in Thüringen nach. Insofern lässt sich mithilfe von Einpendelnden ein Fachkräftemangel nur verringern, indem noch mehr Einpendelnde gewonnen werden. Dazu müssten die Arbeitsplätze in Thüringen attraktiver sein als andernorts. Gerade mit Blick auf die Fernpendelnden unter den Einpendelnden scheint dies auch wichtig, um auswärtige Arbeitskräfte in Thüringen zu halten, denn mit zunehmendem Arbeitskräftemangel auch andernorts eröffnen sich für diese im Zweifel auch Chancen für einen wohnortnäheren Arbeitsplatz.

Unter den knapp 125 000 Auspendelnden gehen ca. 55% einer Tätigkeit in den Nachbarkreisen³ Thüringens nach. Die übrigen nehmen weitere Wege zu ihren Arbeitsstellen außerhalb Thüringens in Kauf. Unter der Annahme, dass Fernpendelnde aus Thüringen heraus eher als Nahpendelnde bereit

Abb. 3
Jahresarbeitszeiten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Ostdeutschland nach Altersgruppen und Geschlecht (2019)



Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

sind, auf einen wohnortnahen Arbeitsplatz zu wechseln, trägt das Potenzial zur Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte insgesamt im Jahr 2021 somit rund 56 000 Personen. Um das Potenzial an zu gewinnenden Arbeitskräften zu beziffern, muss aber auch die Altersstruktur der Pendelnden berücksichtigt werden. Die Über-50-Jährigen erreichen bis zum Jahr 2035 das Rentenalter oder stehen kurz davor; sie stehen also bestenfalls für eine Übergangszeit dem thüringischen Arbeitsmarkt zur Verfügung. In der Gruppe der 25- bis 50-Jährigen besteht mit rund 66 000 Auspendelnden das größte Potenzial, Fachkräfte für Thüringen gewinnen zu können. Allerdings haben 55% davon derzeit einen Arbeitsplatz in den Nachbarkreisen, sodass diese nicht unbedingt einen Anreiz haben, eine wohnortnähere Beschäftigung aufzunehmen. Die Zahl der Fernpendelnden in dieser Altersgruppe liegt lediglich bei rund 30 000 Personen. Außerdem ist es für die Rückgewinnung von Auspendelnden erforderlich, dass die Arbeitsangebote in Thüringen interessanter als an deren gegenwärtigem Arbeitsort sind. Lohnanreize und Karrierechancen spielen insoweit auch hierfür eine wichtige Rolle. Gerade mit Hinblick auf die immer noch hohe Zahl von Fernpendelnden aus Thüringen dürften die zu erschließenden Potenziale zur Deckung von Fachkräftelücken hier im Vergleich zu anderen Pendelnden verhältnismäßig groß sein, da aus der Sicht der Beschäftigten ein Anreiz hierfür schon wegen der möglichen Vermeidung der mit dem Pendeln verbundenen (monetären und nicht-monetären) Kosten besteht.

ZUWANDERUNG

Aktuell wird insbesondere Zuwanderung aus dem In- und Ausland als mögliche Quelle für zusätzliche Arbeitskräfte gesehen. Thüringen verliert seit Jahren an Einwohner*innen. Die erhöhte Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren (insbesondere von Schutzsuchenden seit 2015) konnte den generellen Trend der Bevölkerungsentwicklung nicht ausgleichen. Zum einen verliert Thüringen weiterhin Bevölkerung an andere Bundesländer und zum anderen weist der Freistaat seit Langem eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung auf, weil weitaus mehr Menschen sterben als in jedem Jahr neu geboren werden (Sterbeüberschuss). Anders als in den 1990er und frühen 2000er Jahren ist der Bevölkerungsrückgang in Thüringen somit nicht mehr überwiegend auf Abwanderung, sondern auf einen Überschuss an Sterbefällen zurückzuführen. Gegenüber dem Ausland wies Thüringen in den vergangenen Jahren zwar positive Wanderungssalden⁴ auf. Negativ war hingegen der Wanderungssaldo gegenüber dem Rest des Bundesgebiets, wenngleich mit abnehmender Tendenz. 2021 lag der Wanderungssaldo mit dem Ausland bei knapp 11 000 Personen. Gegenüber dem Rest Deutschlands verlor Thüringen hingegen rund 2 000 Einwohner*innen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in den Wanderungszahlen gegenüber anderen Bundesländern auch Schutzsuchende enthalten sind, die zunächst nach Thüringen kamen, dann aber aufgrund der geltenden Regelungen zur Verteilung dieser Zuwandernden (nach Königsteiner Schlüssel) später dann auf andere Länder verteilt wurden. Insoweit lässt sich hieraus nicht ohne Weiteres eine geringere Attraktivität des Freistaates als Wohn- und Arbeitsstandort ableiten. Zuwanderung in den bisherigen Größen-

ordnungen reicht dennoch bei weitem nicht aus, den auch in Zukunft weiter negativen Saldo von Geburten und Sterbefällen zu kompensieren.

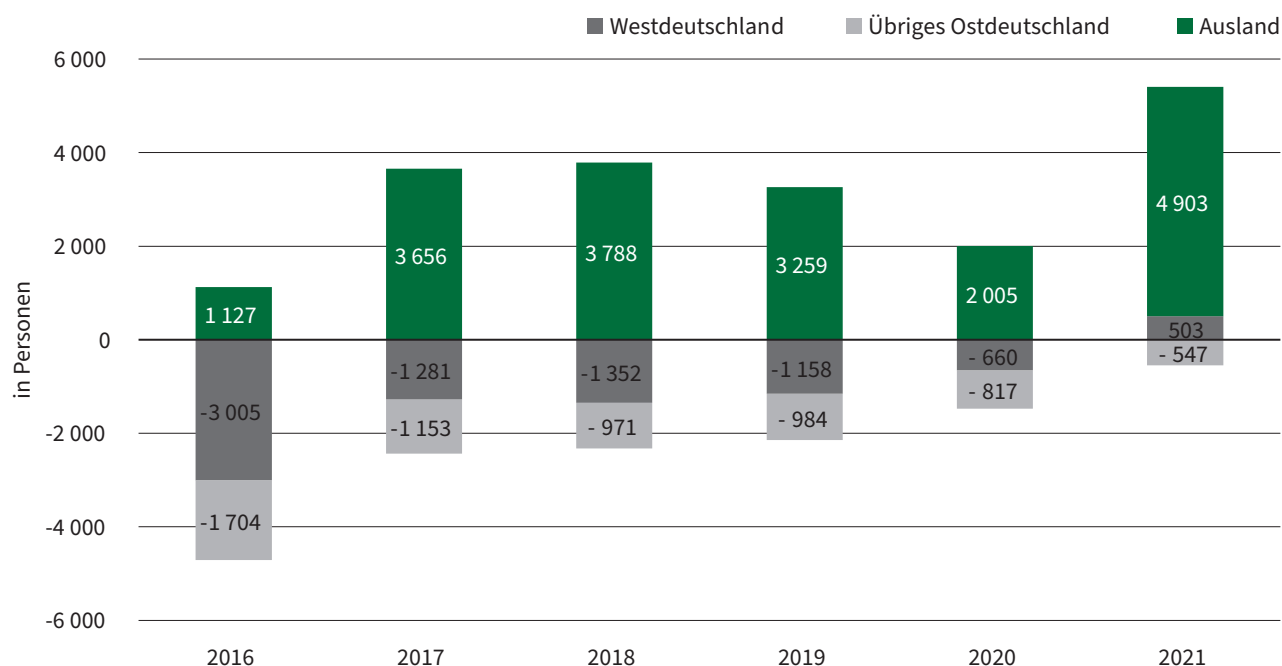
Das Bild ändert sich nicht grundlegend, wenn nur die Bevölkerung von 25 bis 65 Jahren betrachtet wird. In dieser Gruppe beträgt die Nettozuwanderung rund 4 900 Personen im Jahr 2021 (vgl. Abb. 4), wobei hierfür wiederum die Zuwanderung aus dem Ausland entscheidend ist (der Wanderungssaldo gegenüber dem übrigen Bundesgebiet ist nahezu ausgeglichen). Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass der positive Wanderungssaldo mit dem Ausland nicht mit Fachkräftezuwanderung gleichzusetzen ist. Zum einen entsprechen die Qualifikationen der Zugewanderten nicht immer den Bedürfnissen arbeitssuchender Unternehmen, zum anderen sind in der Zuwanderung aus dem Ausland beispielsweise auch Geflüchtete enthalten, die nach abgeschlossenem Asylverfahren und der Anerkennung ihres Schutzstatus den Freistaat wieder verlassen und in andere Bundesländer ziehen. Die Zuwanderung aus typischen Asylherkunftsländern machte 2021 immerhin 23%⁵ des Wanderungssaldos aus. Die größten Anteile der Nettozuwanderung entfallen jedoch auf andere Drittstaaten (35%) und die EU (33%). Thüringen weist einen im gesamtdeutschen Vergleich niedrigen Ausländeranteil von lediglich 5,8% auf. In manchen Landkreisen haben sogar nur 3% der Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die weitaus meisten Ausländer*innen wohnen in den größeren Städten, vor allem in Jena und Erfurt.

Der Arbeitsangebotseffekt der Migration hängt wesentlich von der Altersstruktur der Zu- und Abwandernden ab. Bisher werden Zu- wie Fortzüge in Thüringen stark von Personen im erwerbsfähigen Alter (und jünger) dominiert, die das Arbeitsangebot unmittelbar (oder in Zukunft) positiv beeinflussen könnten. Wanderungen von älteren Personen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Rund ein Viertel der Nettozuwanderung (rund 2 000 Personen) entfiel zuletzt auf Personen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Gegenüber den anderen Bundesländern verzeichnet Thüringen auch in der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen einen Wanderungsverlust von rund 1 700 Personen, was bedeutet, dass die meisten Personen in dieser Altersgruppe aus dem Ausland kommen (rd. 3 700 Personen). Zu vermuten ist, dass es sich hierbei überwiegend um Studierende handelt.

Alles in allem gelingt es Thüringen somit bislang nicht, Zuzügler*innen aus Westdeutschland oder dem Ausland in nennenswerter Zahl zu attrahieren. Angesichts der absehbaren Bevölkerungsentwicklung wird die Rekrutierung von Arbeitskräften insbesondere aus dem Ausland jedoch zunehmend wichtiger. Das Zuwanderungspotenzial aus dem EU-Ausland ist indes begrenzt – nicht zuletzt, da potenzielle Herkunftsländer (wie etwa in Osteuropa) sich häufig selbst im demografischen Wandel befinden. Dies dürfte zukünftig eher zu einem Rückgang der Zuwanderung aus diesen Ländern führen. Daher muss der Fokus zunehmend auf eine verstärkte Zuwanderung aus anderen Ländern und Kulturkreisen gesetzt werden, was jedoch höhere Integrationserfordernisse mit sich bringen dürfte. Typische Hürden bei der Rekrutierung wie sprachliche Verständigungsprobleme (sowohl auf Seiten der Einwandernden als auch auf Seite der einstellenden Unternehmen), Schwierigkeiten beim Einschätzen vorhandener Qualifikationen sowie bürokratische Hürden beschränken auch die Zuwanderung nach Thüringen. Zusätzlich steht das Land in Konkurrenz zu

Abb. 4

Wanderungssaldo der Bevölkerung Thüringens gegenüber ausgewählten Herkunftsregionen in der Altersgruppe 25 bis 65 Jahre (2016–2021)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

anderen Bundesländern. Dabei sind die ökonomischen Pull-Faktoren Thüringens eher negativ. Niedrigere Löhne und eine Wirtschaftsstruktur, die durch viele eher unbekanntes Kleinunternehmen und durch in der Wertschöpfungskette eher „nachgelagerte“ Betriebe geprägt ist und deswegen nur geringe Aufstiegschancen bietet, machen das Land im Vergleich zu anderen Standorten eher unattraktiv. Aufgrund der weit höheren Ausländerquoten in anderen Bundesländern lässt sich zudem vermuten, dass andere Länder auch hinsichtlich möglicher Netzwerkeffekte einen Vorteil haben. Die geringe Zahl an Ausländer*innen und das dadurch bedingte Fehlen eines Netzwerks mit Personen gleicher Nationalität erschwert es Zuziehenden, hier soziale Kontakte zu knüpfen, ganz besonders im ländlichen Raum. Auch ein möglicherweise unattraktives Image Thüringens und Vorbehalte gegenüber Ausländer*innen seitens der Bevölkerung dürften Zuwandernde (aus dem Ausland wie auch aus anderen Bundesländern) in den letzten Jahren davon abgehalten haben, gerade hierhin zu ziehen.

FAZIT

Anhand des Beispiels Thüringen wurden verschiedene endogene und exogene Potenziale, die in der öffentlichen Debatte um den Fachkräftemangel verstärkt vorgebracht werden, mit Zahlen untermauert und in Kontext gebracht mit den Ergebnissen einer Projektion des Fachkräftebedarfs im Freistaat Thüringen bis zum Jahr 2035. Dabei zeigt sich, dass die vorgestellten endogenen Potenziale weitgehend ausgeschöpft sind: Das betrifft beispielsweise die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt oder die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung allgemein sowie insbesondere von Jüngeren, Älteren und Frauen. Aus dem Abbau von Teilzeitarbeit lassen sich die größten rechnerischen Potenziale bestimmen. Oftmals be-

ruhen unausgeschöpfte Potenziale auf freiwilligen Entscheidungen, die respektiert werden müssen. Um exogene Potenziale aus verstärkter Zuwanderung zu nutzen, muss sich Thüringen im nationalen und internationalen Vergleich beweisen.

Um die Quantifizierung richtig einzuordnen, müssen aber vier Aspekte berücksichtigt werden: Erstens lassen sich die einzelnen Potenziale nicht aufsummieren, da Individuen in mehreren Kategorien erfasst werden. Zweitens werden bereits bestehende Trends in der Bevölkerungsentwicklung und im Arbeitsangebot wie angesprochen bereits in der Projektion berücksichtigt, sodass nur eine Veränderung dieser Trends dem prognostizierten Fachkräftemangel entgegenwirken kann. Drittens ist es extrem unwahrscheinlich, dass einzelne Potenziale maximal ausgeschöpft werden. Viel wahrscheinlicher ist es hingegen, dass sich kurzfristig keines dieser Potenziale nennenswert anzapfen lässt. Viertens wird nicht berücksichtigt, ob zusätzliche Kräfte aufgrund von Qualifikationen und Anforderungen auch in die Mangelberufe eintreten können.

Neben den hier gezeigten Kategorien ergeben sich noch weitere Strategien, um die wirtschaftliche Entwicklung mit der Arbeitsmarktsituation langfristig in Einklang zu bringen. So könnte beispielsweise die Schul- und Berufsbildung stärker darauf ausgerichtet werden, Interessierte an die lokale Wirtschaft und insbesondere Branchen mit Fachkräftemangel heranzuführen. Gleichzeitig muss die Bildungspolitik dafür sorgen, dass die benötigten Qualifikationen vor Ort überhaupt erworben werden können und auch erworben werden. Zudem liegt es an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ein Umfeld zu schaffen, das potenzielle Arbeitskräfte anzieht und im Land hält. Auch der Wandlungsprozess durch Digitalisierung bietet große Chancen. Wenn es gelingen würde, den Einsatz von Arbeitskraft durch den Einsatz von Sachkapital zu ersetzen (also durch Rationalisierung) oder die Arbeitskräfte durch Änderungen

der Produktionstechnologie effizienter zu nutzen (also durch Produktivitätssteigerungen), ließe sich unter Umständen die Arbeitskräftenachfrage an das sinkende Arbeitsangebot anpassen, ohne dass es zu negativen Auswirkungen auf das Produktionsniveau käme. Diese Option scheint angesichts der zuvor skizzierten Schwierigkeiten, endogene und exogene Arbeitskräftepotenziale in ausreichender Menge zu mobilisieren, sogar einer der wichtigsten und aussichtsreichsten Wege zu sein, dem erwarteten Mangel an Arbeitskräften entgegenzuwirken.

QUELLEN

Bernardt, F., Glöckner, E., Knoll, S., Ragnitz, J. und M. I. Wolter (2023), Herausforderungen und Chancen im demografischen Wandel. Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen – Projektion bis 2035, GWS mbh Osnabrück, Download unter https://www.tmasgff.de/fileadmin/user_upload/Arbeit/Dateien/Aktuelles/Fachkraeftestudie_2035_verkleinert.pdf.

Zika, G., Hummel, M., Maier, T. und M. I. Wolter (2023), Das QuBe-Projekt: Modelle, Module, Methoden, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, im Erscheinen.

- 1 Vgl. Bernhardt et al. (2023).
- 2 Pendelsaldo = Einpendelnde minus Auspendelnde; ohne Einpendelnde aus dem Ausland.
- 3 Als relevante Nachbarkreise zählen diejenigen Landkreise, die eine Grenze mit Thüringen teilen (Fulda, Hersfeld-Rothenburg, Werra-Meißner-Kreis, Göttingen, Goslar, Harz, Mansfeld-Südharz, Saalekreis, Burgenlandkreis, Landkreis Leipzig, Mittelsachsen, Zwickau, Vogtlandkreis, Landkreis Hof, Kronach, Landkreis Coburg, Haßberge, Rhön-Grabfeld) sowie die Stadtkreise Halle, Leipzig, Chemnitz, Hof, Coburg, Kassel und ggf. die sie umgebenden Landkreise (Landkreis Kassel).
- 4 Wanderungssaldo = Zuwanderung minus Abwanderung.
- 5 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sind in dieser Zahl noch nicht enthalten.

Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup*

Die demografische Entwicklung in Sachsens Gemeinden

Wir typisieren Gemeinden in Sachsen in Hinblick auf ihre demografische Entwicklung. Wir identifizieren fünf Typen von Gemeinden: Typ-1-Gemeinden stehen vor großen demografischen Herausforderungen und liegen überwiegend weit von den drei Kreisfreien Städten entfernt; Gemeinden der Typen 2, 3 und 4 weisen eine positivere demografische Entwicklung auf, wobei Typ-4-Gemeinden häufig im Umland der Großstädte zu finden sind; Typ-5-Gemeinden liegen überwiegend im Umland von Leipzig und Dresden und sind durch eine positive Bevölkerungsentwicklung gekennzeichnet.

HINTERGRUND

Die Dresdner Niederlassung des ifo Instituts hat im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt die soziale Lage in Sachsen auf Gemeindeebene analysiert.¹ Ein Ziel war es, die Gemeinden in Sachsen anhand sozioökonomischer Kennzahlen zu typisieren, um daraus einen Handlungsrahmen für die Politik auf Landes- und kommunaler Ebene ableiten zu können.

Unsere Typisierung der sächsischen Gemeinden erfolgt anhand acht besonders aussagekräftiger Kennzahlen: Die vorausgerechneten Wachstumsraten der Bevölkerung insgesamt und der Erwerbsbevölkerung bis 2035 sowie als Strukturindikatoren der Jugend-, Alten- und Gesamtkoeffizient jeweils im Jahr 2035 und deren Veränderungsrate zwischen 2018 und 2035. Die Auswahl der Kennzahlen basiert auf der begründeten Annahme, dass sie auch für die Entwicklung der sozialen Lage in Zukunft wichtig sind.

Infobox 1: Bevölkerungsvorausberechnung

Für die Abschätzung der zukünftigen demografischen Entwicklung in den sächsischen Gemeinden wird im Folgenden die 7. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2019 bis 2035 (kurz: 7. RBV, vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2020)) herangezogen. Es handelt sich dabei um einen deterministischen Komponentenansatz; d. h. die Entwicklung der Bevölkerung basiert ausschließlich auf demografischen Größen und hängt annahmegemäß weder von wirtschaftlichen, politischen oder ähnlichen Entwicklungen noch von stochastischen Störgrößen ab. Der zukünftige Bevölkerungsstand wird errechnet, indem die Ausgangsbevölkerung um die über den Vorausrechnungszeitraum hinweg zu erwartenden Zahlen an Geborenen und Zuzügen erhöht sowie um Sterbefälle und Fortzüge reduziert wird. Dabei werden sehr kleine und sehr große Gemeinden, z. B. im Hinblick auf ihr Geburten- und Binnenwanderungsverhalten, leicht unterschiedlich behandelt. Während die natürliche Bevölkerungsentwicklung recht sicher vorhergesagt werden kann, müssen für die Wanderungen Annahmen getroffen werden.

Dabei kann aber nicht berücksichtigt werden, dass Wanderungen oftmals eine Reaktion auf sich verändernde Arbeitsmarktlagen sind, sodass heute noch nicht absehbare wirtschaftliche Entwicklungen (wie z. B. die Ansiedlung von Großunternehmen) auch die Bevölkerungsentwicklung in einer Gemeinde beeinflussen können. Zudem ist die Unsicherheit umso größer, je weiter der Prognosezeitraum reicht und je kleiner die Raumabgrenzung gewählt wird. Vorausberechnungen für einzelne Gemeinden sind daher mit höherer Unschärfe behaftet als solche für Landkreise oder den Freistaat insgesamt.

Die 7. RBV liegt in zwei Varianten vor, die sich zwar in den Grundtrends sehr ähnlich sind, sich aber im Hinblick auf die Annahmen im Detail unterscheiden. Variante 1 ist dabei etwas optimistischer als Variante 2, da sie einen Anstieg der Geburtenrate bis 2029 unterstellt, während Variante 2 von einem Rückgang bis 2025 und anschließender Konstanz ausgeht. Außerdem erfolgt der angenommene Rückgang der Binnen- und Außenwanderungsgewinne in Variante 2 langsamer als in Variante 1. In beiden Varianten wird sich aber die Bevölkerungszahl in Sachsen bis zum Jahr 2035 verringern. In Variante 1 wird der Bevölkerungsstand für Sachsen insgesamt am Ende des Vorausrechnungszeitraums mit 3 945 430 Personen angegeben; bei Variante 2 sind es nur noch 3 814 570 Menschen und damit rund 3,3% weniger als in der optimistischeren Variante 1. Der Gesamtrückgang im Vergleich zu 2018 wird also voraussichtlich zwischen 3,2% und 6,5% liegen. Zudem ändert sich auch die Zusammensetzung der Bevölkerung; vor allem die Alterung der Bevölkerung ist eine Begleiterscheinung des Schrumpfungsprozesses.

TYPISIERUNG DER SÄCHSISCHEN GEMEINDEN

Mithilfe einer Clusteranalyse ermitteln wir fünf Gemeindetypen in Sachsen (vgl. Tab. 1), die hinsichtlich der acht zukunftsbezogenen Demografiekennzahlen interessante Unterschiede

* Mona Förtsch und Selina Schulze Spüntrup sind Doktorandinnen an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

und Gemeinsamkeiten zeigen. So liegen im Mittel z. B. die vorausgerechneten Jugendquotienten nicht sehr weit auseinander; die Altenquotienten (und damit dann auch die Gesamtquotienten) aber sehr wohl. Entsprechend unterscheiden sich die Gemeinden der fünf Gemeindetypen sehr stark im Hinblick auf das zu erwartende Bevölkerungswachstum bis 2035 und noch viel stärker in Bezug auf die erwartete Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Die regionale Verteilung der Typen ist in Abbildung 1 dargestellt. In vielen Landkreisen kommen Gemeinden aller fünf Typen vor. Gleichzeitig treten Gemeinden desselben Typs regional gehäuft auf und bilden wiederum kleinere lokale Gruppen. Besonders markant ist die räumliche Entfernung zu den Kreisfreien Städten. Typ-1-Gemeinden sind von ihnen am weitesten entfernt, während Typ-5-Gemeinden zusammen mit den ähnlichen Typ-4-Gemeinden Ringe um Leipzig und Dresden bilden.

GEMEINDEN VOM TYP 1

Typ-1-Gemeinden (in Abbildung 1 hellgrün dargestellt) beschreiben vorwiegend den weit von den drei Kreisfreien Städten entfernten Raum in Sachsen. Größere Ballungen dieser Typ-1-Gemeinden sind sowohl im Norden (vor allem in der Oberlausitz), aber auch im Süden entlang des Erzgebirgskamms zu finden. Der überwiegende Teil der Typ-1-Gemeinden ist eher klein; nur zwei Gemeinden haben über 10000 Einwohner (Olbernhau und Weißwasser). Ein wesentliches Merkmal der Gemeinden vom Typ 1 ist der zu erwartende hohe Altenquotient. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter werden dann im Mittel fast 86 Personen im Alter von 65 Jahren und älter kommen. Im Mittel steigt der Jugendquotient in Gemeinden vom Typ 1 dagegen nicht stärker als in Gemeinden der anderen Typen und wird

Infobox 2: Clusteranalyse

Die Clusteranalyse ist eine etablierte statistische Methode, die Gemeinsamkeiten innerhalb großer Datenmengen aufdeckt (Bacher et al. 2011, S. 15, Backhaus et al. 2018, S. 21) und häufig bei der Analyse von Datensätzen mit einer großen Zahl von Kennzahlen eingesetzt wird. Gemeinden, die im Hinblick auf ihre Ausprägungen hinsichtlich bestimmter Kennzahlen eine hinreichend große Ähnlichkeit aufweisen, werden in Gruppen („Cluster“) zusammengefasst. Hierbei sollen Gemeinden innerhalb eines Clusters möglichst ähnlich, die Cluster untereinander aber möglichst unähnlich sein.

Anhand ausgewählter Kennzahlen verwenden wir hier die Clusteranalyse zur Identifizierung von Gemeinden einer ähnlichen sozialen Lage. Es werden Typen ähnlicher Gemeinden auf Basis ähnlicher demografischer Perspektiven bis zum Jahr 2035 ermittelt. Gemeinden eines Typs erwarten zukünftig strukturell ähnliche Entwicklungen. Die Clusteranalyse erkennt diese Gemeinsamkeiten für eine größere Zahl von Gemeinden und teilt die Gemeinden entsprechend in die Gruppen ein.

2035 mit etwa 35 auch nur geringfügig niedriger sein als in den anderen vier Typen – allerdings nicht so viel niedriger, als dass der Gesamtquotient mit 121 nicht doch weit höher liegen wird als im Rest Sachsens. Die zu erwartende Alterung ist hier ein Begleitphänomen der ungünstigen Bevölkerungsentwicklung. Die Bevölkerung in Gemeinden vom Typ 1 wird im Schnitt um 16% zurückgehen. Unter anderem ist in diesen Gemeinden wegen des hohen Durchschnittsalters eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Sterbefällen zu erwarten. Die Erwerbsbevölkerung schrumpft sogar um fast 32%.

Tab. 1
Typen von Gemeinden in Sachsen

Kennzahl	Typ 1	Typ 2	Typ 3	Typ 4	Typ 5
Jugendquotient 2035 (Variante 1, Bevölkerung unter 20 Jahren, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren)	34,81	35,29	35,86	38,02	38,25
Altenquotient 2035 (Variante 1, Bevölkerung 65 Jahre und älter, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren)	85,65	75,86	70,27	61,61	54,20
Gesamtquotient 2035 (Variante 1, Bevölkerung unter 20 Jahren und 65 Jahre und älter, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren)	120,62	112,75	106,21	100,38	95,11
Veränderung Bevölkerung 2018–2035 (Variante 1, Differenz 2035 zu 2018, Variante 1, je 100 Einwohner 2018)	-15,70	-12,01	-12,39	-1,65	8,64
Veränderung Erwerbsbevölkerung 2018–2035 (Variante 1, 20 bis unter 65 Jahren, 2035, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren, 2018)	-31,82	-25,55	-21,83	-12,36	-0,67
Jugendquotient, Veränderung 2018–2035 (Variante 1, Bevölkerung unter 20 Jahren, 2035, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren, 2018)	5,96	4,73	4,32	5,18	6,32
Altenquotient, Veränderung 2018–2035 (Variante 1, Bevölkerung 65 Jahre und älter, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren)	36,28	26,79	19,29	16,37	7,82
Gesamtquotient, Veränderung 2018–2035 (Variante 1, Bevölkerung unter 20 Jahren und 65 Jahre und älter, je 100 Einwohner von 20 bis unter 65 Jahren)	42,03	31,58	22,89	22,40	15,04

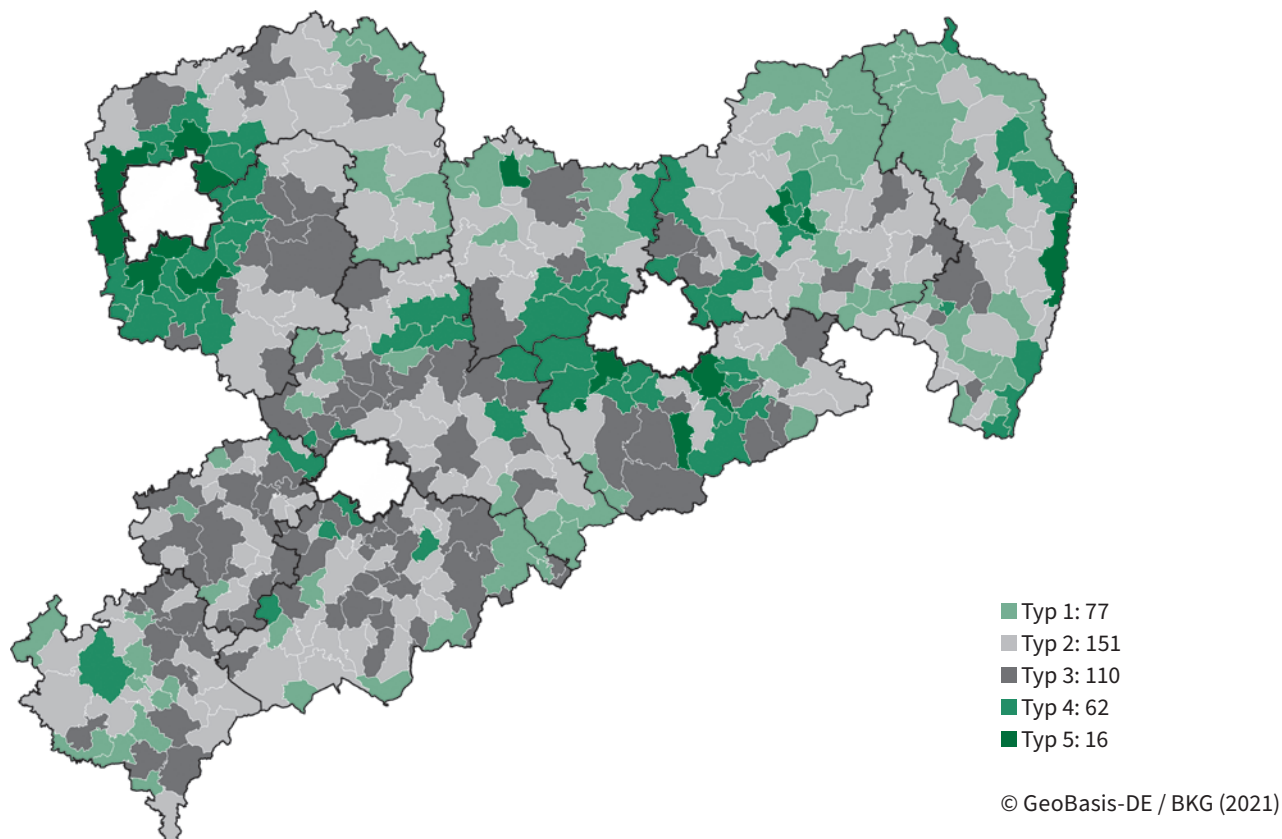
Anmerkung: Die Tabelle zeigt Mediane der sächsischen Gemeinden in den jeweiligen Typen, ohne Kreisfreie Städte.

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Abb. 1

Räumliche Verteilung der Gemeindetypen



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Verteilung der Gemeindetypen. In der Legende ist die Anzahl der Gemeinden in den jeweiligen Typen angegeben. Die drei Kreisfreien Städte (in der Abbildung weiß) werden nicht betrachtet.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

GEMEINDEN VOM TYP 2 UND 3

Die Gemeinden der Typen 2 und 3 (hell- bzw. dunkelgrau in Abbildung 1) entwickeln sich gemäß der Vorausberechnung der 7. RBV bis 2035 etwas besser als Typ-1-Gemeinden. Sie bilden größere Gruppen in fast allen Landkreisen, reichen aber näher an die Kreisfreien Städte heran und grenzen sogar an diese an (insbesondere an Chemnitz und teilweise an Dresden). Auch viele der Mittelzentren und Großen Kreisstädte gehören dazu, z. B. Bautzen (Typ 2) und Zwickau (Typ 3). Der Altenquotient wird in Gemeinden vom Typ 2 im Mittel um 27 steigen und im Jahr 2035 voraussichtlich bei 76 liegen. In Gemeinden vom Typ 3 wird er mit im Mittel 70 etwas niedriger liegen. Im Hinblick auf den Jugendquotienten sind beide Typen fast identisch. Die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung liegt in Gemeinden beider Typen im Mittel bei etwa -12%. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird in Gemeinden vom Typ 2 im Mittel etwas stärker zurückgehen (-26%; Gemeinden vom Typ 3: -22%).

GEMEINDEN VOM TYP 4

Gemeinden vom Typ 4 (mittelgrün in Abbildung 1) liegen vor allem im weiteren Umkreis von Leipzig und Dresden. Aber auch weiter entfernte, größere Städte, wie z. B. Plauen, Zittau, Freiberg und Meißen, gehören zum Typ 4. Interessant ist, dass Chemnitz im Gegensatz zu Dresden und Leipzig kaum über einen aus-

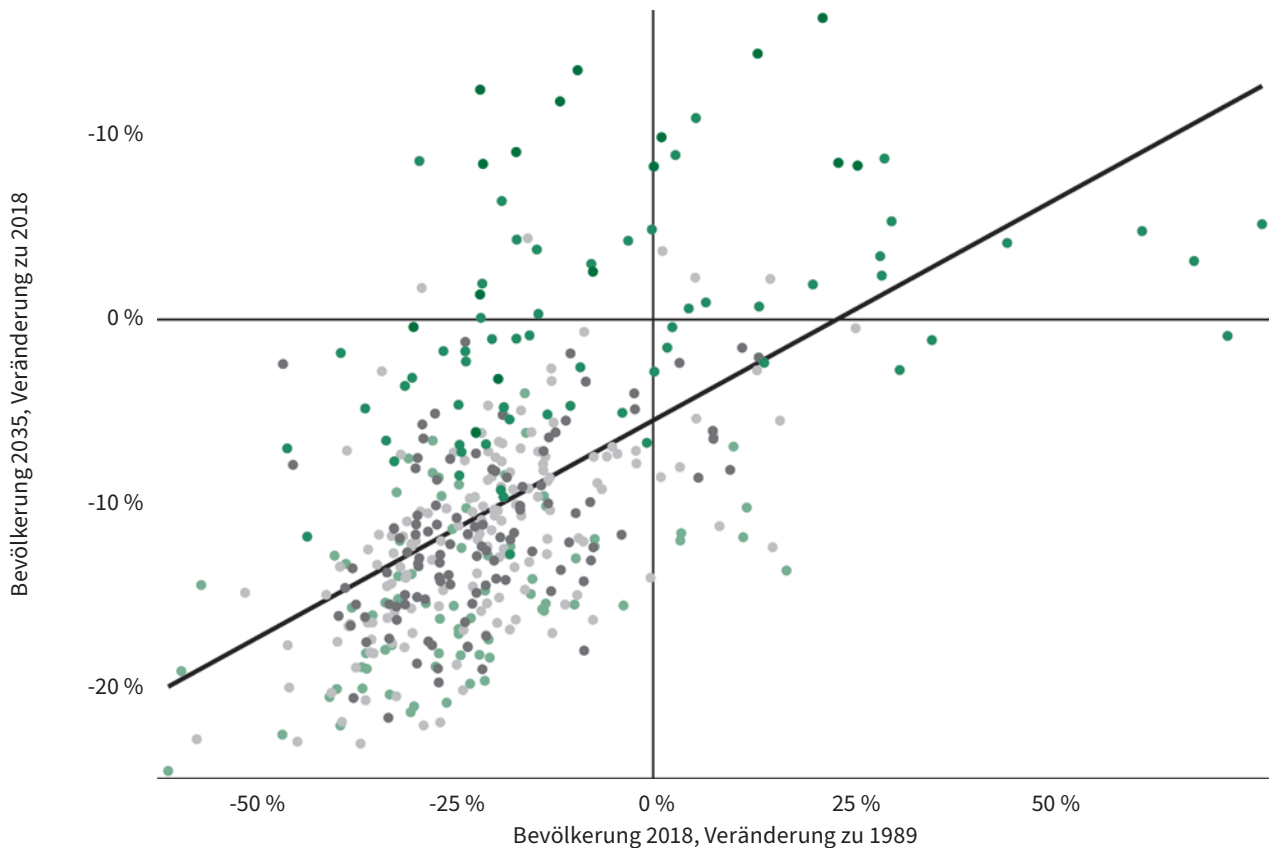
geprägten Ring aus Typ-4-Gemeinden verfügt; dort dominieren die Typen 2 und 3. Die demografischen Aussichten bis 2035 sind bei den Gemeinden vom Typ 4 deutlich entspannter: Der Gesamtquotient wird am Ende des Vorausberechnungszeitraums im Mittel bei ungefähr 100 liegen. Damit entspricht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in etwa jener der Jüngeren bzw. Älteren. Auch hier ist aber zu beachten, dass vor allem die Alterung eine Rolle spielt. Der Jugendquotient wird auch hier nur moderat ansteigen und im Jahr 2035 im Mittel bei knapp 38 liegen. Entsprechend sieht auch die Vorausberechnung der Bevölkerungsgröße optimistischer aus als in den drei zuvor genannten Gemeindetypen. Im Mittel werden die Bevölkerungszahlen nahezu konstant bleiben. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter wird aber voraussichtlich um 12% sinken.

GEMEINDEN VOM TYP 5

Typ 5 (dunkelgrün in Abbildung 1) umfasst nur sehr wenige Gemeinden, die vor allem rund um Leipzig und vereinzelt südlich von Dresden zu finden sind. Auch Görlitz gehört dazu. Nur in Gemeinden dieses Typs wird der mittlere Gesamtquotient im Jahr 2035 voraussichtlich unter 100 bleiben. Alten- und Jugendquotient steigen fast im selben Umfang. In Gemeinden vom Typ 5 wird die Bevölkerungszahl bis 2035 im Mittel um rund 9% wachsen. Die Erwerbsbevölkerung wird in Gemeinden vom Typ 5 voraussichtlich relativ konstant bleiben.

Abb. 2

Bevölkerungsentwicklung Vorausberechnung 2018 bis 2035; Bevölkerungsentwicklung Vergangenheit 1989 bis 2018



Anmerkung: Die Abbildung vergleicht die prozentuale Veränderung der Bevölkerung 2018 zu 1989 mit der vorausberechneten prozentualen Veränderung der Bevölkerung 2035 zu 2018 in allen 416 kreisangehörigen Gemeinden Sachsens.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG NACH TYPEN

Abbildung 2 vergleicht die Bevölkerungsentwicklung in der Vergangenheit sowie in der Zukunft bezugnehmend auf die identifizierten Typen. Gemeinden vom Typ 1 weisen alle eine schrumpfende Bevölkerung auf. Die allermeisten davon haben auch schon in der Vergangenheit Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen und befinden sich deswegen im unteren linken Quadranten. In den beiden oberen Quadranten liegen nahezu ausschließlich Gemeinden der Typen 4 und 5. Die Gemeinden im oberen rechten Quadranten sind sowohl in der Vergangenheit gewachsen und werden diesen Wachstumstrend auch in der Zukunft fortsetzen. Die Gemeinden im oberen linken Quadranten werden sich in der Zukunft hinsichtlich ihrer Bevölkerung besser entwickeln als in der Vergangenheit. Auch hier finden sich einige Gemeinden des Typs 5, die es somit offensichtlich geschafft haben, negative Entwicklungstrends der Vergangenheit zu überwinden.

FAZIT

Wir haben eine Typisierung der Gemeinden entsprechend ihrer voraussichtlichen demografischen Herausforderungen vorgenommen. Mittels einer Clusteranalyse lassen sich fünf Typen von Gemeinden identifizieren – von Gemeinden mit großen demografischen Problemen (Typ-1-Gemeinden) bis hin zu Ge-

meinden, die eine positive Bevölkerungsentwicklung aufweisen (Typ-5-Gemeinden); die übrigen drei Typen ordnen sich zwischen diesen beiden Extremen ein. Typ-1-Gemeinden liegen dabei häufig in peripherer Lage, Typ-5-Gemeinden eher in der Nähe der Kreisfreien Städte. Beide Typen sind aber zahlenmäßig relativ schwach besetzt. Die zahlenmäßig viel stärker besetzten Typen 2, 3 und 4 unterscheiden sich demografisch nur graduell. Auch die Gemeinden vom Typ 4 sind häufig im Umland der Großstädte zu finden, Gemeinden der Typen 2 und 3 sind demgegenüber in allen Regionen des Freistaats vertreten.

LITERATUR

Bacher, J., Pöge, A. und K. Wenzig (2011), Clusteranalyse, Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren, Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München.

Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. und R. Weiber (2018), Multivariate Analysemethoden, Eine anwendungsorientierte Einführung, Springer Gabler, Berlin.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (Hrsg.) (2022), Zweite Sozialberichterstattung für den Freistaat Sachsen 2022, Download unter <https://www.sms.sachsen.de/sozialberichterstattung-2022.html>

1 Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse sind Teil der Zweiten Sozialberichterstattung für den Freistaat Sachsen.

K. Peren Arin, Deni Mazrekaj und Marcel Thum*

Wer Fake News (nicht) erkennt und verbreitet

Anhand von groß angelegten Umfragen in Deutschland und im Vereinigten Königreich untersuchen wir die individuellen Determinanten der Fähigkeit, Fake News zu erkennen, und der Neigung, sie zu teilen. Wir unterscheiden zwischen absichtlichem und versehentlichem Teilen von Fake News. Das versehentliche Teilen von Fake News geschieht viel häufiger als das absichtliche Teilen. Außerdem zeigen unsere Ergebnisse, dass ältere, männliche, einkommensstarke und politisch links orientierte Befragte Fake News besser erkennen. Das versehentliche Teilen von Fake News nimmt mit dem Alter ab und kommt unter rechtsgerichteten Befragten häufiger vor. Das absichtliche Teilen von Fake News ist vor allem bei jüngeren Befragten im Vereinigten Königreich stärker ausgeprägt.

Zwei Drittel der amerikanischen Erwachsenen finden, dass Fake News erheblich zur Verwirrung über aktuelle Politikthemen beitragen. Das Störgefühl tritt quer durch alle gesellschaftlichen Schichten, Einkommens- und Bildungsniveaus sowie über Parteigrenzen hinweg auf (Barthel et al. 2016). Zugleich sind die meisten Erwachsenen zuversichtlich, dass sie selbst Fake News gut erkennen können (Lyons et al. 2021). Aber irgendjemand muss den Falschmeldungen aufsitzen; sonst würden sich Fake News nicht so umfassend verbreiten und wären nicht ein so großes Problem. Welche gesellschaftlichen Gruppen haben besondere Schwierigkeiten, Fake News als solche zu identifizieren? Wer trägt besonders zur Weiterverbreitung von Fake News bei? Und geschieht das absichtlich oder aus Versehen? Mit Fake News ist dabei jede Verbreitung von falscher oder zumindest irreführender Information gemeint, ganz egal ob sie versehentlich oder mit der Absicht, Menschen in die Irre zu führen, in die Welt gesetzt wurde.

In einem aktuellen Forschungspapier (Arin et al. 2023) zeigen wir anhand von groß angelegten Umfragen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich, dass ältere, männliche, einkommensstarke und politisch links orientierte Befragte Fake News besonders gut erkennen. Bei der Weiterverbreitung ist das versehentliche Teilen von Fake News viel häufiger als das absichtliche Teilen. Versehentliches Teilen von Fake News kommt im politisch rechten Spektrum deutlich häufiger vor und nimmt mit dem Alter ab. Absichtliches Teilen finden wir überdurchschnittlich häufig nur bei jüngeren Befragten im Vereinigten Königreich.

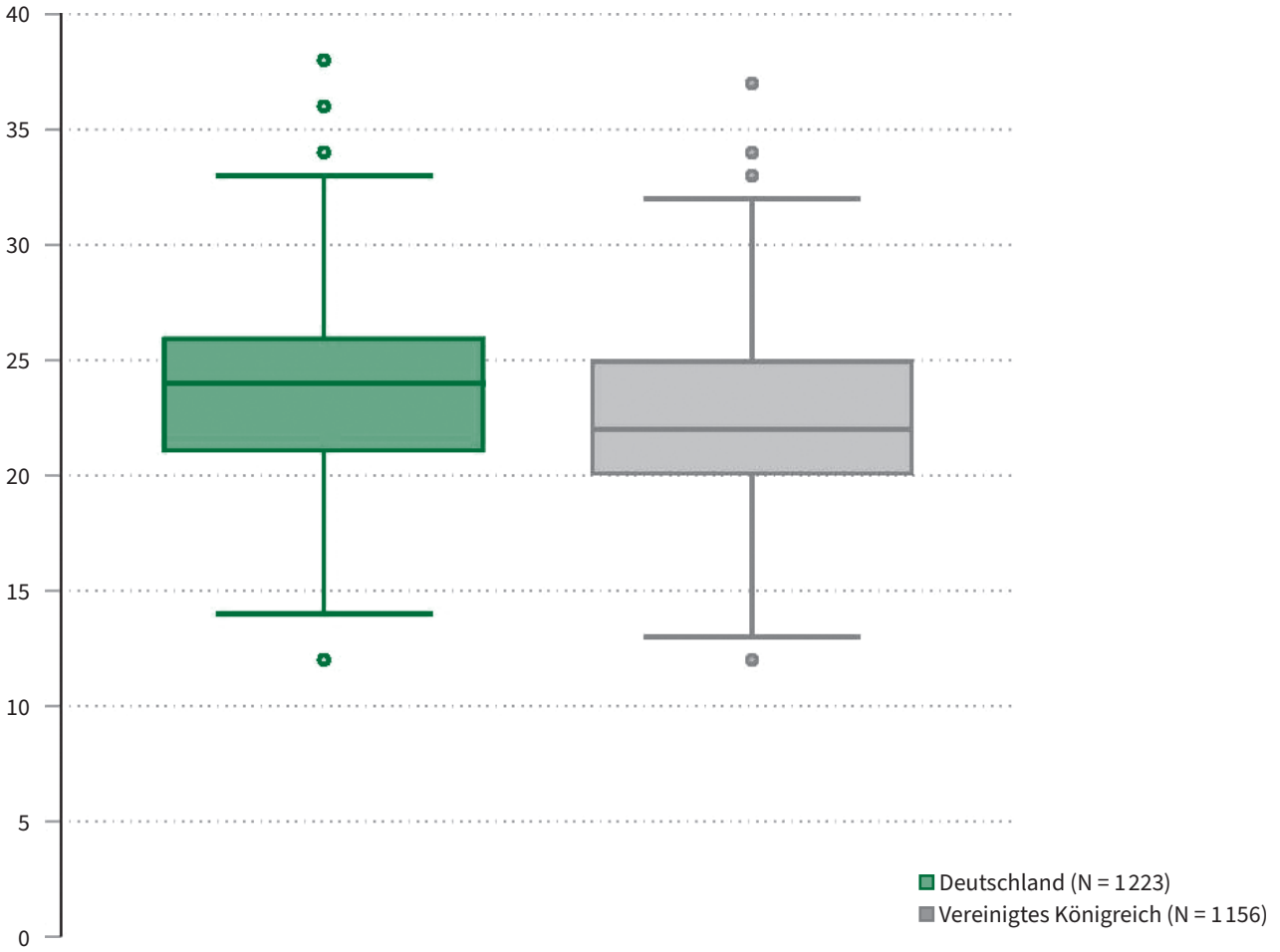
Für das Forschungsprojekt wurden im Dezember 2021 nahezu 2400 Personen in Deutschland und dem Vereinigten Königreich hinsichtlich ihres Fake-News-Verhaltens getestet. In der Online-Befragung präsentierten wir den Proband*innen zehn im Internet publizierte Schlagzeilen, wovon fünf Fake News waren und die anderen fünf einen korrekten Sachverhalt beschrieben. Zu den Fake News Schlagzeilen gehörte beispielsweise „Papst Franziskus schockiert die Welt: Unterstützung für Donald Trump als Präsident“. Eine wahre Schlagzeile war: „Donald Trump für den Friedensnobelpreis 2021 nominiert“. Die Schlagzeilen waren als reiner Text ohne Quellenangabe oder Illustration präsentiert, um die Teilnehmer nicht durch weitere Informationen oder Signale zu beeinflussen. Wir baten die Probanden um eine Einschätzung, ob sie die jeweilige

Schlagzeile eher für wahr oder falsch hielten. Aus diesen Einschätzungen konstruierten wir für jeden Probanden einen Index der individuellen Fähigkeit, Fake News zu identifizieren. Wer alle Schlagzeilen richtig als wahre Nachrichten bzw. als Fake News identifizieren konnte und sich im Urteil sicher war, hätte den maximalen Indexwert von 40 erreicht. Wer alle Schlagzeilen falsch zuordnete und sich dennoch im Urteil sicher fühlte, hätte einen Indexwert von Null erreicht. Wie Abbildung 1 zeigt, traten die Extremwerte weder in Deutschland (links) noch im Vereinigten Königreich (rechts) auf. Im Mittel erreichten die Teilnehmer 23 Punkte – in Deutschland marginal mehr als im Vereinigten Königreich. Wie die Abbildung auch zeigt, gibt es eine erhebliche Streuung in der Fähigkeit, Fake News zu identifizieren.

Dann interessiert uns, ob die Menschen absichtlich oder versehentlich Fake News teilen und in welchem Umfang. Die Teilnehmer*innen wurden hierfür bei jeder Schlagzeile gefragt, ob sie die jeweilige Geschichte online, z. B. bei Facebook oder über Twitter, teilen würden. Wir messen dann zum einen das absichtliche Teilen, d. h. wie viele der Schlagzeilen, die eine Person korrekt als Fake News erkannt hat, dennoch teilen will. Zum anderen erfassen wir das versehentliche Teilen durch die Anzahl der Fake-News-Aussagen, die nicht als Fake erkannt wurden und die der/die Teilnehmer*in trotzdem teilen wollte. Abbildung 2 zeigt den Anteil der Befragten, die mindestens eine Fake-News-Aussage teilen möchten. Die Prozentsätze sind getrennt für absichtliches und versehentliches Teilen und für die beiden Länder dargestellt. Es gibt deutlich mehr versehentliches als absichtliches Teilen. Etwa 12% der Befragten wollen mindestens eine Nachricht teilen, die sie korrekt als Fake News identifiziert haben. Augenfällig ist auch der Unterschied beim versehentlichen Teilen zwischen den beiden Ländern. Ein auffälliger Unterschied zeigt sich bei dem Prozentsatz der Befragten, die versehentlich eine große Anzahl von Fake-News-Schlagzeilen teilen. In Deutschland teilen nur 6% versehentlich drei oder mehr Fake-News-Schlagzeilen, während der Prozentsatz im Vereinigten Königreich 13% beträgt.

* Prof. K. Peren Arin ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Zayed University (Vereinigte Arabische Emirate), Prof. Deni Mazrekaj ist Assistenzprofessor für Soziologie an der Universität Utrecht (Niederlande) und Prof. Marcel Thum ist Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. und Professor für Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

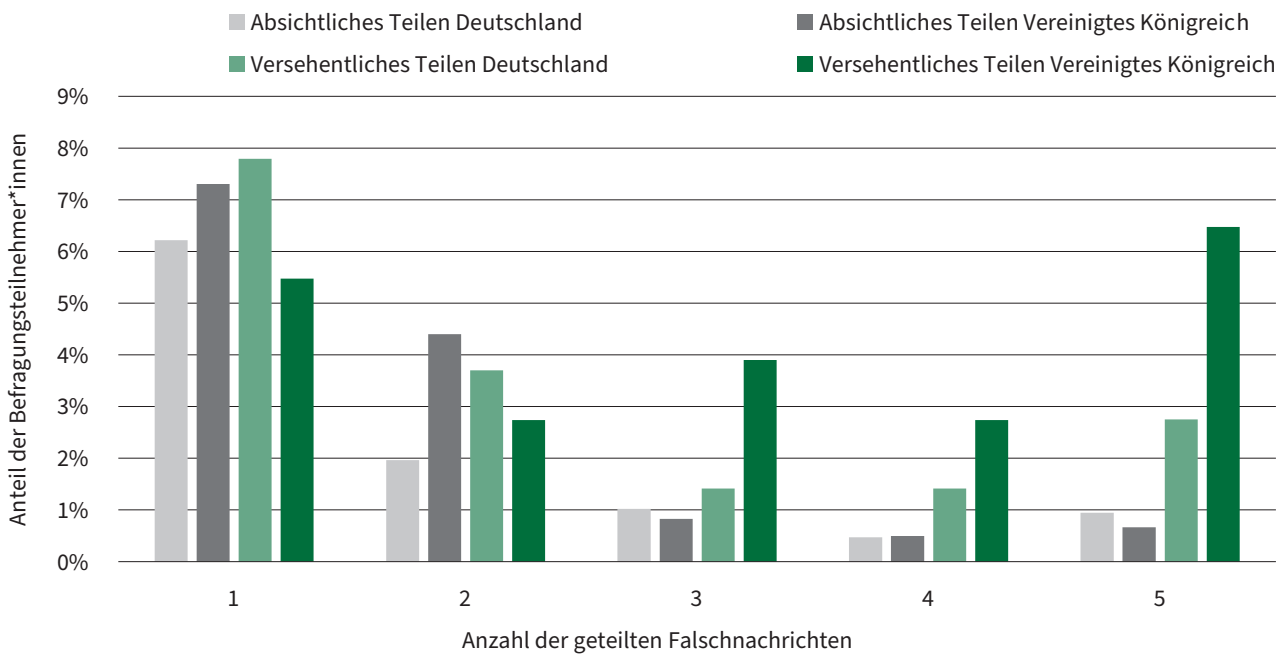
Abb. 1
Identifikation von Fake News Schlagzeilen



Quelle: Eigene Darstellung.

© ifo Institut

Abb. 2
Anteil der Befragten, die 1...5 Falschnachrichten entweder absichtlich oder versehentlich teilen



Quelle: Eigene Darstellung.

© ifo Institut

Tab. 1

Sozio-demografische Einflussfaktoren für das Identifizieren und Teilen von Fake News

	Identifizieren		Absichtliches Teilen		Versehentliches Teilen	
	D	UK	D	UK	D	UK
Versehentliches Teilen						
Alter	■	■				
Höhere Bildung	■					
Single/Getrennt (ref: verheiratet)						
Mittleres Einkommen (ref: niedrig)		■				
Hohes Einkommen (ref: niedrig)	■	■		■		
Arbeitslos (ref: beschäftigt)						■
Keine Erwerbsabsicht (ref: beschäftigt)						
Politisch in der Mitte (ref: links)	■	■				■
Politisch rechts (ref: links)		■		■	■	■

Anmerkung: ■ negativ – ■ positiv.

Quelle: Eigene Darstellung.

© ifo Institut

Bei der Befragung wurden auch zahlreiche sozio-ökonomische Informationen von den Teilnehmer*innen ermittelt. Im Rahmen einer Regressionsanalyse lässt sich sowohl die Fähigkeit, Fake News zu identifizieren, als auch das Verhalten bei der Weiterverbreitung von Fake News mit diesen Faktoren erklären. Dies liefert Antworten auf die Frage, welche Gruppen besonders zur Verbreitung von Fake News beitragen. Tabelle 1 zeigt diese sozio-demografischen Faktoren und ihren Einfluss auf die Identifikation von Fake News (Spalten 2 und 3) und das absichtliche (Spalten 4 und 5) sowie versehentliche Teilen (Spalten 6 und 7). Markiert sind nur die statistisch signifikanten Einflussfaktoren, wobei ein graues Feld einen negativen und ein grünes Feld einen positiven Einfluss markiert. In Klammern sind die jeweiligen Vergleichskategorien angegeben. Überdurchschnittlich gute Identifikation von Fake-News-Schlagzeilen kommt von Personen, die älter sind und ein höheres Einkommen beziehen. Schlechter schneiden Frauen und Teilnehmer*innen, die sich politisch in der Mitte verorten, ab. In Deutschland hat auch Bildung einen positiven Einfluss auf die Identifikation von Fake News, im Vereinigten Königreich auch ein mittleres Einkommen. Beim absichtlichen Verbreiten von Fake News finden wir – wegen der größeren Zahl von Fällen – nur im Vereinigten Königreich signifikante Ergebnisse. Fake News werden weniger von Frauen, Älteren und Gebildeteren absichtlich geteilt, mehr von Beziehern höherer Einkommen und politisch rechtsstehenden Personen. Ähnliche Muster finden sich beim versehentlichen Verbreiten von Fake News für beide Länder: Ältere tragen weniger zur unfreiwilligen Verbreitung von Fake News bei, politisch rechtsstehende Personen deutlich mehr.

Unsere Ergebnisse helfen, soziale Gruppen zu identifizieren, die besonders zur Verbreitung von Fake News beitragen – sei es durch absichtliches Teilen oder durch mangelnde Identifi-

kation von Falschnachrichten. Hier schließt sich die Frage an, welche Maßnahmen die rasche Ausbreitung von Fake News zumindest mildern könnten. Instruktiv könnte hier der Vergleich der beiden Länder sein; die Teilnehmer*innen in Deutschland waren nur moderat besser in der Identifikation, aber deutlich vorsichtiger im massenhaften Verbreiten von Fake-News-Schlagzeilen. Obwohl es schwierig ist, einen Kausalzusammenhang herzustellen, könnte die politische Debatte (und die zugehörigen Gesetzesinitiativen) gegen Hassreden in sozialen Medien die Menschen in Deutschland für das Problem der Fake News sensibilisiert und sie vorsichtiger beim Teilen zweifelhafter Nachrichten gemacht haben. Die politische Debatte um die Kommunikation in sozialen Medien könnte damit eine ähnliche Wirkung gehabt haben wie die „Accuracy Prompts“, die gerade in der Forschung zu sozialen Medien untersucht wird. Dabei werden Menschen daran erinnert werden, dass die Richtigkeit der geteilten Informationen für andere Teilnehmer*innen wichtig ist. Entscheidend ist nicht, dass den Teilnehmer*innen gesagt wird, was richtig und falsch ist, sondern dass sie lediglich zu einem Nachdenken über die Bedeutung richtiger Information angeregt werden.

LITERATUR

Arin, K. P., Mazrekaj, D. und M. Thum (2023), Ability of Detecting and Willingness to Share Fake News. *Scientific Reports* 13, 7 298 (2023), Download unter <https://doi.org/10.1038/s41598-023-34402-6>.

Barthel, M., Mitchell, A. und J. Holcomb (2016), Many Americans Believe Fake News is Sowing Confusion, *Pew Res. Center*, Dezember 2016.

Lyons, B. A., Montgomery, J. M., Guess, A. M., Nyhan, B. und J. Reifler (2021), Overconfidence in News Judgments is Associated with False News Susceptibility, *PNAS* 118, Download unter e2019527118. <https://doi.org/10.1073/pnas.2019527118>.

Almut Balleer, Georg Duernecker, Susanne Forstner und Johannes Goensch*

Wie verzerrte Arbeitsmarkterwartungen die Lohnlücke zwischen Ost- und Westdeutschland beeinflussen

Anhand von Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysieren wir subjektive und objektive Wahrscheinlichkeiten von Arbeitsmarktänderungen und zeigen, dass Arbeitnehmer*innen in Deutschland im Durchschnitt pessimistisch sind, innerhalb von zwei Jahren ihren Arbeitsplatz zu verlieren, während Arbeitslose im Durchschnitt optimistisch sind, innerhalb von zwei Jahren eine Stelle zu finden. Hierbei sind ostdeutsche Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose pessimistischer als ihre westdeutschen Kolleg*innen. Wir zeigen einen negativen Zusammenhang zwischen Pessimismus und Löhnen sowie einen positiven Zusammenhang zwischen Optimismus und Reservationslöhnen. In einer kontrafaktischen Analyse ergibt sich, dass die Unterschiede im Pessimismus zwischen Ost- und Westdeutschland zwischen 3 und 5 Prozentpunkte des Lohnunterschiedes zwischen diesen beiden Regionen erklären können.

Die ökonomische Theorie postuliert einen starken Einfluss von Erwartungen über zukünftige Ereignisse auf individuelles Verhalten. In Bezug auf den Arbeitsmarkt betrifft dies vor allem das Risiko für Beschäftigte, einen bestehenden Arbeitsplatz zu verlieren, sowie die Chance für Arbeitslose, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Diese Erwartungen beeinflussen insbesondere arbeitsmarktrelevante Entscheidungen, z. B. ob und wie intensiv man nach einem neuen Job sucht, ob man für Verdienstaufschlüsse durch Arbeitslosigkeit vorsorgt oder wie man sich in Lohnverhandlungen verhält. Ein gängiger Ansatz beruht auf der Annahme, dass alle Akteure ihre individuellen Wahrscheinlichkeiten bzw. Risiken richtig einschätzen. Wenn Arbeitnehmer*innen jedoch bezüglich der Wahrscheinlichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden oder zu verlieren, optimistischer oder pessimistischer sind, kann sich dies auf ihr Verhalten in Lohnverhandlungen und somit auf ihren Lohn auswirken. Wenn sich Optimismus oder Pessimismus zusätzlich zwischen Bevölkerungsgruppen unterscheiden, kann dies dann auch Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Gruppen erklären. In diesem Beitrag stellen wir ausgewählte Ergebnisse einer Studie (Balleer et al. 2023) vor, in der wir die Verzerrung von Arbeitsmarkterwartungen in deutschen Umfragedaten und ihren Zusammenhang mit Lohnunterschieden messen. Speziell befassen wir uns mit der Rolle verzerrter Arbeitsmarkterwartungen für das ost-westdeutsche Lohngefälle.

SUBJEKTIVE UND OBJEKTIVE ERWARTUNGEN

Wir nutzen die Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 1999 bis 2017. Die SOEP-Fragebögen beinhalten regelmäßig Einschätzungen der individuellen Wahrscheinlichkeit von Erwerbstätigen, ihre Stelle zu verlieren, und von Arbeitslosen, eine Stelle zu finden. Diese erwarteten Wahrscheinlichkeiten sind subjektiv. Basierend auf anschließend realisierten individuellen Arbeitsmarktübergängen, die wir aufgrund der Paneldatenstruktur des SOEP beobachten können,

prognostizieren wir dann statistische Wahrscheinlichkeiten für die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung mithilfe von Probit-Modellen. Hierbei kontrollieren wir für eine Vielzahl von demografischen und branchenspezifischen Merkmalen. Diese prognostizierten Wahrscheinlichkeiten nennen wir (statistisch) objektiv. Eine Verzerrung der individuellen Arbeitsmarkterwartungen definieren wir dann als die Differenz zwischen der erwarteten subjektiven Wahrscheinlichkeit einer Person in Bezug auf ein bestimmtes Arbeitsmarktereignis und der entsprechenden prognostizierten objektiven Wahrscheinlichkeit dieses Ereignisses. Subjektive individuelle Erwartungen können Informationen beinhalten, die in den statistischen Erwartungen nicht abgebildet werden können, d. h. individuelle Verzerrungen sind nicht notwendigerweise irrational. Verzerrungen sind dann ökonomisch relevant, wenn sich diese nicht über alle Individuen hinweg ausgleichen, also im Mittel bestehen bleiben. Darüber hinaus sind Verzerrungen besonders relevant, wenn sie im Vergleich zwischen Gruppen bestehen bleiben. Aspekte wie ein grundsätzliches Missverständnis in Bezug auf Wahrscheinlichkeiten oder eine systematische Vernachlässigung einer relevanten Einflussgröße bei der Messung der objektiven Wahrscheinlichkeiten sollten für den Gruppenvergleich keine Rolle spielen. Verzerrungen sind zudem ökonomisch relevant, wenn sie einen Erklärungsgehalt für zentrale ökonomische Größen, wie z. B. Löhne, liefern.

Tabelle 1 zeigt deskriptive Statistiken für die erwarteten und die vorhergesagten statistischen Wahrscheinlichkeiten sowie die resultierende Verzerrung. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich hierbei auf einen Zeitraum von zwei Jahren.

* Prof. Dr. Almut Balleer ist Professorin für Empirische Wirtschaftsforschung an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen, Prof. Dr. Georg Dürnecker Professor für International Trade, Development and Growth an der Goethe-Universität Frankfurt, Dr. Susanne Forstner arbeitet als Senior Researcher und Sprecherin für Öffentliche Finanzen am Institut für Höhere Studien (IHS) Wien und Dr. Johannes Gönsch ist im Department Economic Policy and Quantitative Methods an der Goethe-Universität Frankfurt tätig.

Statistisch sollten Beschäftigte einen Jobverlust in den nächsten zwei Jahren mit einer Wahrscheinlichkeit von 13% erwarten. Arbeitslose sollten statistisch mit ca. 48% Wahrscheinlichkeit damit rechnen, innerhalb von zwei Jahren einen Job zu finden. Die Tabelle zeigt, dass sowohl das erwartete Jobverlustrisiko als auch das erwartete Ende der Arbeitslosigkeit höher sind als die jeweilige statistische Wahrscheinlichkeit. Wir stellen also fest, dass Arbeitnehmer*innen in Deutschland im Durchschnitt pessimistisch sind, wenn es um die Trennung vom Arbeitsplatz geht, d. h. sie überschätzen das Risiko, innerhalb von zwei Jahren ihren Arbeitsplatz zu verlieren, deutlich um etwa 6 Prozentpunkte. Wir stellen außerdem fest, dass Arbeitslose in Deutschland im Durchschnitt optimistisch sind, d. h. dass sie ihre Wahrscheinlichkeit, innerhalb von zwei Jahren eine Stelle zu finden, um etwa 8 Prozentpunkte ebenfalls deutlich überschätzen. Beide durchschnittlichen Verzerrungen

sind statistisch signifikant. Gleichzeitig sind sowohl die erwarteten als auch die statistischen Wahrscheinlichkeiten sowie die aus ihrer Differenz entstehende Verzerrung, breit gestreut. Es gibt also viele Optimisten und Pessimisten in Bezug auf die Übergänge zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Dieses Ergebnis bleibt auch bestehen, wenn man Untergruppen von Arbeitslosen und Arbeitnehmer*innen betrachtet. Die pessimistische Tendenz bei den Erwartungen zum Arbeitsplatzverlust nimmt generell mit der Arbeitsplatzsicherheit ab, z. B. für Berufe im öffentlichen Dienst oder Personen mit langer Betriebszugehörigkeit. Wir finden im Allgemeinen keine starken Beweise dafür, dass Personen ihre verzerrten Erwartungen zwischen zwei Umfragen korrigieren – zum Teil nehmen individuelle Verzerrungen über die Zeit sogar zu. Es scheint also kein systematisches Lernen zu geben.

Tab. 1
Deskriptive Statistiken zu Arbeitsplatzverlust und -neubeginn

	Mittelwert	Standardabweichung	Min	Max	P10	P50	P100	Beobachtungen
Arbeitsplatzverlust								
<i>Alle</i>								
Erwartet	19,767	24,529	0	100	0	10	50	67772
Statistisch	13,329	10,385	0	70	0	10	30	67772
Verzerrung	6,4376***	24,199	-70	100	-20	0	40	67772
<i>Ost</i>								
Erwartet	27,208	26,171	0	100	0	20	60	15653
Statistisch	15,140	10,976	0	70	0	10	30	15653
Verzerrung	12,067***	25,471	-70	100	-20	10	40	15653
<i>West</i>								
Erwartet	17,532	23,560	0	100	0	10	50	52119
Statistisch	12,785	10,138	0	70	0	10	30	52119
Verzerrung	4,7468***	23,542	-70	100	-20	0	40	52119
Arbeitsneubeginn								
<i>Alle</i>								
Erwartet	57,022	32,334	0	100	10	50	100	6423
Statistisch	48,800	19,551	0	90	20	50	70	6423
Verzerrung	8,2220***	28,711	-80	100	-30	10	40	6423
<i>Ost</i>								
Erwartet	51,855	31,998	0	100	10	50	100	2717
Statistisch	49,971	18,700	0	90	20	50	70	2717
Verzerrung	1,8844***	27,649	-80	90	-30	0	40	2717
<i>West</i>								
Erwartet	60,809	32,058	0	100	10	60	100	3706
Statistisch	47,941	20,112	0	90	20	50	70	3706
Verzerrung	12,868***	28,590	-80	100	-20	20	50	3706

Anmerkung: * p < 0,10, ** p < 0,05, *** p < 0,01 beziehen sich auf t-tests der Mittelwertvergleiche mit einer Verzerrung von Null.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

SYSTEMATISCHE UNTERSCHIEDE IN VERZERRTEN ERWARTUNGEN ZWISCHEN OST UND WEST

Tabelle 1 weist die Werte für die verschiedenen Wahrscheinlichkeiten und Verzerrungen auch für Ost- und Westdeutschland getrennt aus. Auffallend ist, dass ostdeutsche Arbeitnehmer*innen und Arbeitslose wesentlich pessimistischer, bzw. weniger optimistisch, sind als ihre westdeutschen Kolleg*innen, sowohl hinsichtlich ihres Jobverlustrisikos als auch ihrer Chancen, einen neuen Job zu finden. Im Durchschnitt sind die Menschen in Ostdeutschland in Bezug auf den Verlust des Arbeitsplatzes etwa 7 Prozentpunkte pessimistischer als die Menschen in Westdeutschland. Da Menschen in Ostdeutschland ohnehin ein höheres statistisches Jobverlustrisiko haben, sind die Unterschiede in den erwarteten Jobverlustwahrscheinlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland daher erheblich. Ein weiterer bemerkenswerter Unterschied besteht darin, dass die ostdeutschen Arbeitslosen zwar optimistisch hinsichtlich ihrer Arbeitssuche sind, die entsprechende Verzerrung aber etwa 11 Prozentpunkte niedriger ist als die ihrer westdeutschen Kolleg*innen. Diese Ergebnisse gelten weiterhin, wenn wir Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bezüglich demografischer Ausprägungen, Arbeitsmarkterfahrung sowie Branche und Beruf der Beschäftigten berücksichtigen.

PESSIMISTISCHE ERWARTUNGEN FÜHREN ZU NIEDRIGEREM LOHN

Wie bereits erwähnt sind Verzerrungen vor allem dann ökonomisch relevant, wenn sie einen Erklärungsgehalt für zentrale ökonomische Größen liefern. Wir betrachten den Zusammenhang zwischen verzerrten Erwartungen und verhandelten Löhnen bzw. Reservationseinkommen, also jenen Lohnniveaus, zu denen Arbeitslose bereit sind, eine Beschäftigung anzutreten. Wir dokumentieren einen negativen Zusammenhang zwischen dem Grad der pessimistischen Verzerrung der Jobverlustserwartungen und den individuellen Nettostundenlöhnen, der sowohl insgesamt als auch unter Einbezug von Kontrollvariablen statistisch signifikant ist. Der Gesamteffekt besagt, dass eine Erhöhung des Pessimismus um eine Standardabweichung im Durchschnitt mit 2,1% niedrigeren Löhnen einhergeht. In ähnlicher Weise dokumentieren wir eine signifikante und positive Beziehung zwischen dem Grad der optimistischen Verzerrung der Erwartungen zur Jobsuche und dem Reservationseinkommen: Eine Zunahme des Optimismus um eine Standardabweichung ist im Durchschnitt mit einem um etwa 2% höheren Reservationseinkommen verbunden.

Auf Basis der Regressionen können wir erste Aussagen über den Zusammenhang zwischen den Verzerrungen in Bezug auf die Erwartungen über die Übergänge zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit und den Lohnunterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland machen. Unsere Stichprobe weist ein ost-westdeutsches Lohngefälle von etwa 30% insgesamt und 23% unter Berücksichtigung einer großen Zahl an Kontrollvariablen auf. Hierbei wird die Lohnlücke als Differenz zwischen west- und ostdeutschen logarithmierten Stundenlöhnen gemessen. Wir erweitern zudem die linearen Regressionspezifikationen aus Tabelle 2, indem wir den Effekt der Verzerrung getrennt für Ost- und Westdeutschland schätzen.

In diesen nichtlinearen Regressionspezifikationen (Tabelle nicht gezeigt) können Löhne in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich auf verzerrte Erwartungen des Jobverlustrisikos reagieren. Die ostdeutschen Löhne sind deutlich niedriger als ihre westdeutschen Pendanten, wenn die pessimistische Einstellung zum Jobverlust in gleichem Maße zunimmt. Genauer gesagt, wenn die pessimistische Verzerrung für den Jobverlust um 10 Prozentpunkte zunimmt, sind die ostdeutschen Löhne etwa 1,3% niedriger, während die westdeutschen Löhne im Durchschnitt nur etwa 0,7% niedriger sind.

Unsere Schätzergebnisse sagen voraus, dass die Stundenlöhne im linearen Fall um 0,6% höher wären, wenn Menschen in Ostdeutschland in Bezug auf den Jobverlust ähnlich pessimistisch wären wie Menschen in Westdeutschland. Ostdeutsche Stundenlöhne wären 1% höher in der nichtlinearen Spezifikation, in der der Einfluss der Verzerrung zwischen Ost und West unterschiedlich sein kann. Dies entspricht einer Verringerung des gesamten Lohngefälles um etwa 1,3 Prozentpunkte im linearen und um etwa 2 Prozentpunkte im nichtlinearen Fall.¹

Wir können auch die Lücke beim Reservationseinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland berücksichtigen, die etwa 13% insgesamt und 10% unter Berücksichtigung von Kontrollvariablen beträgt. Auch hier misst die Lücke die logarithmierte Differenz der Reservationseinkommen. Ostdeutsche Reservationseinkommen reagieren nicht wesentlich anders auf die Verzerrung als ihre westdeutschen Pendanten. Hinsichtlich der Jobsuche sind die Menschen in Ostdeutschland weniger optimistisch als die Menschen in Westdeutschland. Wenn wir die optimistischere westdeutsche Verzerrung im Osten beobachten würden, wäre das ostdeutsche Reservationseinkommen etwa 0,57% höher (0,62% im nichtlinearen Fall). Dies entspricht einer Verringerung der gesamten ostdeutschen Reservationslücke um etwa 3,1 Prozentpunkte.²

VERZERRTE ERWARTUNGEN IM ARBEITSMARKT-MODELL

Wir erklären den Zusammenhang zwischen verzerrten Erwartungen, Löhnen und Reservationseinkommen im Rahmen eines Suchmodells am Arbeitsmarkt. In einem Suchmodell sind die Erwartungen über die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung zentral, weil der Nutzen einer fortdauernden Beschäftigung mit den Kosten der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz abgewogen wird und das Ergebnis der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitnehmer*innen und Unternehmen wesentlich beeinflusst. Nehmen wir an, Unternehmen haben weniger verzerrte Erwartungen als Arbeitnehmer*innen, z. B. weil sie mehr Informationen und Erfahrungen bezüglich der Arbeitsmarktlage besitzen. Wenn Arbeitnehmer*innen in Bezug auf den Arbeitsplatzverlust pessimistischer sind als Unternehmen, wenden sie effektiv eine höhere Diskontrate auf den zukünftigen Nutzen einer Beschäftigung und der eingesparten Suchkosten an. Damit sinkt der Gesamtnutzen einer Beschäftigung aus Sicht der Arbeitnehmer*innen. In Lohnverhandlungen teilen Unternehmen und Arbeitnehmer*innen den Mehrwert auf, der durch ein Beschäftigungsverhältnis erwirtschaftet wird. Da pessimistische Arbeitnehmer*innen dem Beschäftigungsverhältnis einen geringeren Wert zuweisen, erhalten sie einen geringeren Anteil dieses Mehrwer-

Tab. 2

Verzerrte Erwartungen, Löhne und Reservationseinkommen

Stundenlöhne (log)			
Verzerrung Jobverlust	- 0,00245*** (0,000111)	- 0,00197*** (0,000105)	-0,000850*** (0,0000797)
N	212 114	212 114	212 114
Mincer Gleichung	Nein	Ja	Ja
Weitere Variablen	Nein	Nein	Ja
Reservationseinkommen (log)			
Verzerrung Arbeitsneubeginn	0,00145*** (0,000286)	0,00165*** (0,000317)	0,000692*** (0,000255)
N	18 789	18 789	18 789
Mincer Gleichung	Nein	Ja	Ja
Weitere Variablen	Nein	Nein	Ja

Anmerkungen: Bootstrap Standardfehler in Klammern; * p < 0,10, ** p < 0,05, *** p < 0,01.

Mincer Gleichung: Bildungsabschluss, Berufserfahrung Vollzeit; weitere Variablen Löhne: Ost/West Indikator, Staatsbürgerschaft, Geschlecht, Arbeitsstunden, Betriebszugehörigkeit (auch zum Quadrat), Industrie, Beruf, Firmengröße, Umfragejahr fixed effects; weitere Variablen Reservationseinkommen: Ost/West Indikator, Staatsbürgerschaft, Geschlecht, Beziehungsstatus, Kinder unter 16 Jahre, Arbeitslosigkeitsdauer, Umfragejahr fixed effects.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

tes. Wenn Arbeitnehmer*innen bei der Stellensuche optimistischer sind als Unternehmen, überschätzen sie die eingesparten Suchkosten, d. h. sie schätzen die Möglichkeiten außerhalb der sich ermöglichenden Beschäftigung höher ein als die Unternehmen. Dies erhöht die Reservationseinkommen der Arbeitnehmer*innen und entsprechend auch die im Suchprozess verhandelten Löhne. Unser Modell erlaubt es uns somit, auch den in unseren Daten nicht beobachteten Einfluss verzerrter Erwartungen auf Löhne zu beschreiben, also z. B. inwiefern die Erwartungen während einer Beschäftigung das Suchverhalten während der Arbeitslosigkeit beeinflussen. Zudem erklärt das Modell über den Effekt verzerrter Erwartungen auf Löhne hinaus auch den Effekt auf das Arbeitsmarktgleichgewicht, insbesondere auf Stellenausschreibungen von Unternehmen und Arbeitslosigkeit. Da verzerrte Erwartungen die Lohnkurve rotieren, während die Bedingung zur Schaffung von Arbeitsplätzen von der Verzerrung unbeeinflusst bleibt, führt höherer Pessimismus zu höheren Löhnen und gleichzeitig auch zu höherer Arbeitslosigkeit.

Wir können das Modell nutzen, um den Einfluss verzerrter Erwartungen auf das Arbeitsmarktgleichgewicht zu quantifizieren. In kontrafaktischen Experimenten, in denen wir die Verzerrung der Arbeitsmarkterwartungen beseitigen oder ostdeutschen Arbeitnehmer*innen westdeutsche Erwartungen zuteilen, können wir Änderungen in Löhnen, Reservationseinkommen, Arbeitslosigkeit und erwartetem Lebenseinkommen messen. Die Ergebnisse der Modellexperimente finden sich in Tabelle 3. Das erste Panel zeigt Ergebnisse für die gesamte deutsche Wirtschaft. Die ersten drei Spalten berichten über Änderungen der Arbeitslosenquote, der Löhne und der Reservationseinkommen. Wird die Verzerrung in den Erwartungen über den Arbeitsplatzverlust beseitigt, steigen sowohl die Löhne als auch die Arbeitslosigkeit. Wird die Verzerrung in den Erwartungen bezüglich der Arbeitssuche entfernt, sinken so-

wohl die Löhne als auch die Arbeitslosigkeit. Dies spiegelt die oben beschriebene Rotation der Lohnkurve wider. Die kontrafaktische Beseitigung aller Verzerrungen in der Wirtschaft impliziert etwa 0,54% höhere Löhne und eine um 0,45 Prozentpunkte höhere Arbeitslosigkeit. Zusammengenommen implizieren diese Änderungen ein um etwa 0,35% höheres erwartetes Lebenseinkommen für eine durchschnittlich verdienende Person in der Modellökonomie. In Bezug auf die Lohnelastizitäten impliziert unser Modell eine Lohnelastizität in Bezug auf die Arbeitsplatzverlustserwartungen von -0,0086 und eine Elastizität des Reservationseinkommens in Bezug auf die Erwartungen, einen Arbeitsplatz zu finden, von 0,003. Es gibt zwei Gründe, warum die Lohnelastizitäten im Modell nicht direkt mit den geschätzten Lohnelastizitäten aus unseren Daten (vgl. Tab. 1) vergleichbar sind. Erstens ignorieren die empirischen Schätzungen, dass eine Verzerrung bei der Arbeitsplatzsuche das Verhalten von Erwerbstätigen und eine Verzerrung beim Arbeitsplatzverlust das Verhalten von Arbeitslosen beeinflussen kann. Zweitens spiegelt das Modell Änderungen des Arbeitsmarktgleichgewichts als Reaktion auf Änderungen der Erwartungsverzerrungen wider, während sich die empirischen Schätzungen möglicherweise nur auf Teileffekte oder auf Effekte außerhalb des Gleichgewichts beziehen. Dennoch liegen die im Modell generierten Lohnelastizitäten im Allgemeinen im Bereich unserer empirischen Schätzungen.

DER EINFLUSS VERZERRTER ERWARTUNGEN AUF DAS OST-WEST LOHNGEFÄLLE

Während die Effekte verzerrter Erwartungen im Durchschnitt nicht auffallend groß sind, verbergen sich dahinter erhebliche Unterschiede zwischen Untergruppen der Bevölkerung. Die Eliminierung aller Verzerrungen für Personen in Ostdeutschland führt beispielsweise zu einer Erhöhung der Löhne um

Tab. 3
Kontrafaktische Modellexperimente

Veränderung in:	Arbeitslosigkeit	Lohn	Reservationslohn	Elastizität Lohn	Elastizität Reservationslohn	Lebens-einkommen
Gesamtdeutschland						
Keine Verzerrung Jobverlust	0,0070	0,0081	0,0170	-0,0086		0,0052
Keine Verzerrung Neubeginn	-0,0020	-0,0028	-0,0059		0,0030	-0,0019
Keine Verzerrung	0,0045	0,0054	0,0114	-0,0058	-0,0057	0,0035
Ostdeutschland						
Keine Verzerrung Jobverlust	0,0120	0,0160	0,0340	-0,0086		0,0106
Keine Verzerrung Neubeginn	-0,0005	-0,0008	-0,0017		0,0039	-0,0006
Keine Verzerrung	0,0113	0,0152	0,0324	-0,0082	-0,0736	0,0101
West Verzerrung Jobverlust	0,0065	0,0094	0,0202	-0,0081		0,0065
West Verzerrung Neubeginn	0,0031	0,0047	0,0100		0,0036	0,0033
West Verzerrung	0,0102	0,0140	0,0297	-0,0119	0,0107	0,0094

Anmerkung: Kalibrierung für Gesamt- und Ostdeutschland separat. Keine Rekalibrierung in den kontrafaktischen Experimenten. Alle Variablen in logarithmiert.

Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

etwa 1,5% und einer Erhöhung des erwarteten Lebenseinkommens um etwa 1%. Ebenso können wir den Beitrag der verzerrten Erwartungen der Arbeitnehmer*innen zum Lohngefälle zwischen Ost- und Westdeutschland quantifizieren. Unsere Ergebnisse sagen aus, dass das west-ostdeutsche Lohngefälle um etwa 3 Prozentpunkte geringer wäre, wenn die ostdeutschen Erwartungen auf dem westdeutschen Niveau verzerrt wären. Das Lohngefälle verringert sich noch stärker, wenn wir das Modell auf alternative Maße für Verzerrungen bei den Erwartungen kalibrieren. Interessant für die Ergebnisse ist auch die Rolle der Verhandlungsmacht von Arbeitnehmer*innen bei Lohnverhandlungen. Eine geringere Verhandlungsmacht führt zu einem stärkeren Anstieg der Löhne, wenn die Verzerrung des Arbeitsplatzverlustes beseitigt wird, und zu einem stärkeren Rückgang der Löhne, wenn die Verzerrung bei der Arbeitssuche beseitigt wird. Zusammen genommen führt dies zu einer größeren Gesamtlohnänderung, wenn die Verzerrungen insgesamt entfernt werden. Das Gegenteil passiert, wenn die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer*innen höher ist. Eine geringere Verhandlungsmacht reduziert direkt die Löhne und verringert auch die Größe der Reaktion der Löhne auf Änderungen der Verzerrung. Da jedoch niedrigere Löhne die Schaffung von Arbeitsplätzen ankurbeln, können die empirischen Übergangsraten aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung nur mit wesentlich höheren Kosten für die Ausschreibung einer offenen Stelle repliziert werden. Dies erhöht die Rotation der Lohnkurve in Bezug auf die Verzerrung. Dieser letzte Effekt dominiert bei der Neukalibrierung der Modellökonomie auf eine geringere Verhandlungsmacht. Unsere Ergebnisse deuten daher darauf hin, dass die Beseitigung von verzerrten Erwartungen in einer Wirtschaft, in der Arbeitnehmer*innen eine geringere Verhandlungsmacht haben, größere Auswirkungen hat als in unserer ursprünglichen quantifizierten Modellökonomie. Da die Abdeckung durch kollektive Arbeitnehmervertretungen in Ostdeutschland geringer

ist als in Westdeutschland, mag auch eine geringere Verhandlungsmacht in Ostdeutschland realistisch sein. Eine geringere Verhandlungsmacht allein kann einen Teil des Ost-West-Lohngefälles erklären (siehe Bachmann et al. 2022). Verzerrte Erwartungen sind eine zusätzliche Komponente. Die Frage ist dann, ob Verhandlungsmacht den Effekt verzerrter Erwartungen verstärkt oder abschwächt. Legen wir eine niedrigere Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer*innen für die ostdeutsche Wirtschaft zu Grunde und wiederholen unsere kontrafaktische Übung, würden die Menschen in Ostdeutschland etwa 3% höhere Löhne erzielen, wenn alle Verzerrungen auf westliche Niveaus geändert würden, während die Verhandlungsmacht gleichbleibt (Tabelle nicht gezeigt). In dieser Volkswirtschaft macht der Unterschied zwischen Optimismus und Pessimismus zwischen Ost- und Westdeutschland über 5 Prozentpunkte des Ost-West-Lohngefälles aus.

FAZIT

Unsere Studie dokumentiert systematische Unterschiede (Verzerrungen) bezüglich der Erwartungen über Arbeitsmarktereignisse, insbesondere den Verlust des Arbeitsplatzes für Arbeitnehmer*innen und die erfolgreiche Suche nach einem Arbeitsplatz für Arbeitslose. Wir zeigen einen signifikanten Zusammenhang zwischen verzerrten Erwartungen und Löhnen (Reservationslöhnen). Ein makroökonomisches Modell des Arbeitsmarktes liefert eine entsprechende Interpretation der Ergebnisse. Wir dokumentieren einen deutlich stärkeren Pessimismus in Bezug auf Arbeitsmarktereignisse in Ost- im Vergleich zu Westdeutschland. Da sich Pessimismus negativ auf verhandelte Löhne auswirkt, kann dieser Unterschied einen Teil des Lohngefälles zwischen Ost- und Westdeutschland erklären. Unsere Ergebnisse legen daher nahe, dass es wünschenswert sein könnte, Verzerrungen in den Arbeitsmarkt-

erwartungen, z. B. durch öffentliche Informationskampagnen, zu reduzieren. Unsere Ergebnisse deuten auch darauf hin, dass politische Entscheidungsträger bei der Bewertung der Wirksamkeit der Arbeitsmarktpolitik bestehende Verzerrungen in Bezug auf die Arbeitsmarktergebnisse berücksichtigen sollten.

LITERATUR

Bachmann, R., Bayer, C., Stüber, H. und F. Wellschmied (2022), „Monopsonie machen Unternehmen nicht nur klein, sondern auch unproduktiv: Warum die Wirtschaft Ostdeutschlands nicht konvergiert ist“, ifo Dresden berichtet, 29 (05), S. 09-12.

Balleer, A., Duernecker, G., Forstner, S. und J. Goensch (2023), Biased Expectations and Labor Market Outcomes: Evidence from German Survey Data and Implications for the East-West German Wage Gap, CESifo Working Paper Nr. 10 336.

-
- 1 Für die kontrafaktischen ostdeutschen Löhne nutzen wir die Verzerrungsdifferenz aus Tabelle 1, und verwenden den geschätzten linearen marginalen Effekt des Arbeitsplatzverlustes aus Tabelle 2 sowie den entsprechenden geschätzten nichtlinearen marginalen Effekt (Tabelle nicht gezeigt). Das kontrafaktische Lohngefälle wird dann als logarithmische Differenz zwischen den westdeutschen und den kontrafaktischen ostdeutschen Löhnen berechnet.
 - 2 Die kontrafaktischen ostdeutschen Reservationseinkommen berechnen wir analog zu den kontrafaktischen Löhnen.

Albert Landsberger*

Insolvenzen und Gewerbeabmeldungen in Sachsen: Schlägt sich der Krieg in den Zahlen nieder?

Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 traf Sachsens Wirtschaft zu einem sensiblen Zeitpunkt. Die Rezession, ausgelöst durch die Coronakrise, schien gerade überwunden zu sein und die Wirtschaft wieder Fahrt aufzunehmen. Die Befürchtungen waren groß, dass viele Unternehmen in dieser zweiten Krise einer Schließung nicht mehr entgehen könnten. In Krisenzeiten liegt oft der Fokus auf den Insolvenzzahlen. Sie gelten als ein bedeutender Gradmesser für die wirtschaftliche Lage. Dieser Artikel zeigt, dass die Gewerbeabmeldungen ein deutlich relevanterer Indikator sind und die Befürchtungen hinsichtlich steigender Insolvenzzahlen, aber auch in Bezug auf Gewerbeabmeldungen, nicht eingetreten sind.

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine löste eine Welle von EU-Sanktionen, hauptsächlich in der Form von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen, gegen Russland aus. Seitdem wurden Waren im Wert von 43,9 Mrd. Euro nicht nach Russland geliefert und Importe im Wert von 91,2 Mrd. Euro aus Russland unterbunden (Europäischer Rat 2023). Für eine exportorientierte Wirtschaft wie die Sachsens oder Deutschlands wiegt diese Art der Sanktionen besonders schwer. Noch schlimmer als diese Handelshemmnisse traf die deutsche und sächsische Wirtschaft jedoch der enorme Anstieg der Energiepreise. Seit Mitte August 2022 erreicht Deutschland kein Gas mehr direkt aus Russland. Das Exportembargo Russlands für Gas hat zu einem starken Preisanstieg geführt und zudem die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas deutlich gemacht. Die Versorgungssicherheit stand zeitweise in Frage, was enorme Unsicherheit für die gesamte Wirtschaft mit sich brachte. Zudem trafen all diese Schocks eine Wirtschaft, die sich gerade erst von den Auswirkungen der Corona-Pandemie erholte. Die naheliegende Befürchtung war, dass bereits angeschlagene Unternehmen diesen erneuten großen Schock nicht überstehen würden und nun die bereits in der Coronakrise erwartete „Insolvenzwelle“ entstehen würde.

Betrachtet man jedoch die Anzahl der angemeldeten Insolvenzverfahren, lässt sich diese Befürchtung nicht bestätigen. Abbildung 1 zeigt den Quartalsdurchschnitt der angemeldeten Insolvenzverfahren, indexiert auf das letzte „Nicht-Krisen-Jahr“ 2019¹. Deutlich zu erkennen ist der Einbruch kurz nach dem Ausbruch der Coronakrise. Dieser Einbruch ist auf die Aussetzung der Insolvenzpflicht ab dem März 2020 zurückzuführen. Damit sollten Unternehmen vor den Konsequenzen eines Insolvenzverfahrens geschützt werden, die ohne eigenes Verschulden durch die Folgen der Maßnahmen gegen das Coronavirus in ihrer Existenz bedroht waren. Seitdem befinden sich die Insolvenzen auf einem niedrigen Niveau. Die Aussetzung der Insolvenzpflicht endete im April 2021. Die daraufhin befürchtete Insolvenzwelle, ausgelöst durch all jene, deren Insolvenz durch das Moratorium nur zeitlich verzögert wurde, blieb jedoch aus. Auch nach Beginn des Krieges ist nur ein leichter Anstieg der

Insolvenzen sowohl in Deutschland als auch in Sachsen zu erkennen. Am aktuellen Rand ist die Zahl der Insolvenzen in Sachsen wieder auf dem Niveau von 2019 angekommen und liegt deutlich über der für Deutschland. Von einer Insolvenzwelle kann jedoch Stand heute nicht die Rede sein.

Die zum Teil starken Schwankungen in den Insolvenzen in Sachsen sind der geringen absoluten Anzahl an Insolvenzen im Freistaat geschuldet. Ihren absoluten Höhepunkt erreichten sie mit gerade einmal 61 im April 2019. Im Durchschnitt lagen sie im betrachteten Zeitraum bei lediglich knapp unter 38 pro Monat. Bei einer solch geringen Menge sorgen bereits kleinere absolute Veränderungen zu hohen prozentualen Änderungen, die sich im Index niederschlagen. Aus diesem Grund sollten die zum Teil starken Schwankungen in Sachsen nicht überinterpretiert werden. Selbst deutschlandweit ist die Anzahl der Insolvenzen mit im Schnitt etwas über 900 pro Monat (im dargestellten Zeitraum) gemessen an der gesamten Anzahl an Unternehmen sehr gering.

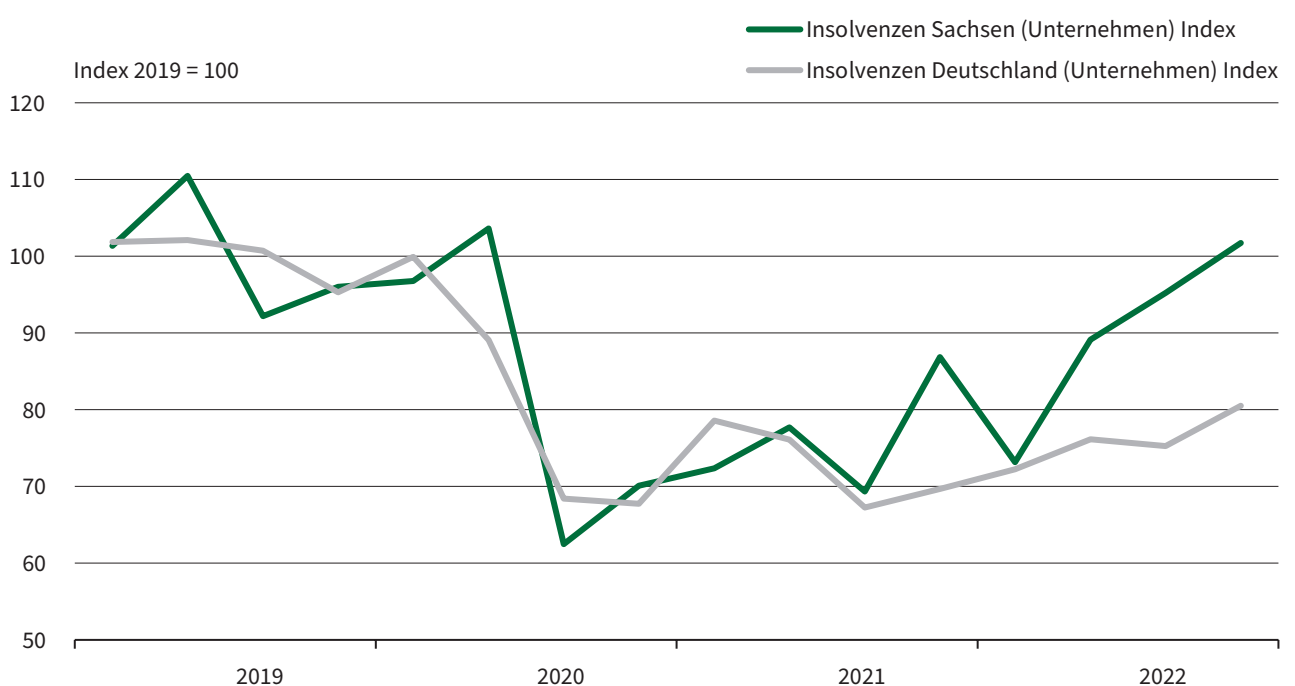
Die geringe absolute Anzahl an Insolvenzen ist einer der Gründe, wieso eine Reduzierung auf diesen Indikator zur Einschätzung der Lage von Unternehmen in Krisenzeiten zu kurz greift. Zwar stehen sie oft im Fokus, wenn es zu Turbulenzen in der Wirtschaft kommt, jedoch zeichnen sie nur einen Teil des Bildes. Anstatt in die Insolvenz zu gehen, kann ein Gewerbe auch schlicht abgemeldet und geschlossen werden.

Gewerbeabmeldungen spielen tatsächlich eine bedeutend größere Rolle, wenn es um Schließungen in der Wirtschaft geht. Ihre Anzahl übersteigt die der angemeldeten Insolvenzverfahren deutlich. Abbildung 2 zeigt dies eindrücklich. Sie stellt die absolute Anzahl an Insolvenzen und Gewerbeabmeldungen für Sachsen dar². Mit einem Höchststand von etwas mehr als 2500 im November 2020 überstiegen die Gewerbeabmeldungen die Insolvenzen um ein Vielfaches. Auch die Gewerbeabmeldungen lagen überraschenderweise 2019 im Schnitt höher als in den folgenden Jahren. Zu Beginn der Coronakrise gab es einen Ein-

* Albert Landsberger ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abb. 1

Unternehmensinsolvenzen (Quartalsdurchschnitt)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

bruch bei den Gewerbeabmeldungen. Seitdem befinden sie sich auf einem niedrigeren Niveau, unterbrochen von vereinzelt Ausschlägen (z. B. im November 2020). Auch nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine ist solch ein temporärer Anstieg sichtbar. Danach kehren die Gewerbeabmeldungen jedoch schnell wieder auf ein niedrigeres und stabiles Niveau zurück.

Eine mögliche Erklärung dafür, dass die Gewerbeabmeldungen die Insolvenzen so deutlich übersteigen, liegt in der aufwendigen Gestaltung eines Insolvenzverfahrens: Es kostet Zeit und es fallen zusätzlich Verfahrenskosten an. Zudem müssen unter anderem Inhaber*innen von Personengesellschaften oder Einzelunternehmer im Falle einer Insolvenz mit ihrem persönlichen Vermögen haften. Gerade sie werden – soweit steuerbar – kaum einen Marktaustritt durch Insolvenz zulassen. Stattdessen entscheiden sich viele, vor allem ältere Inhaber*innen dazu, ihr Gewerbe bei wirtschaftlicher Schwäche gänzlich abzumelden. Das spart die Kosten und den zeitlichen Aufwand, die mit einem Insolvenzverfahren verbunden sind. Somit sind die Gewerbeabmeldungen gerade für Sachsen, dessen Wirtschaft kleinteilig und Bevölkerung relativ alt ist, besonders relevant.

Der Prozess der kreativen Zerstörung sorgt zu jedem Zeitpunkt in einer marktorientierten Wirtschaft dafür, dass Unternehmen, die nicht mehr am Markt bestehen können, gezwungen sind zu schließen. Für den einzelnen Unternehmer immer mit negativen Konsequenzen behaftet, stellen Schließungen für die Volkswirtschaft insgesamt kein Problem dar. Die geschlossenen Unternehmen hinterlassen eine Lücke, in die (neue) innovativere oder effizientere Unternehmen stoßen können. Dadurch steigert sich die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft. Ein Anstieg der Schließungen allein kann also keinen Aufschluss darüber geben, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Erst zusammen mit den Neuanmeldungen oder -gründungen ergibt sich ein aussagekräftiges Bild. Wird die Zahl der Schließungen durch

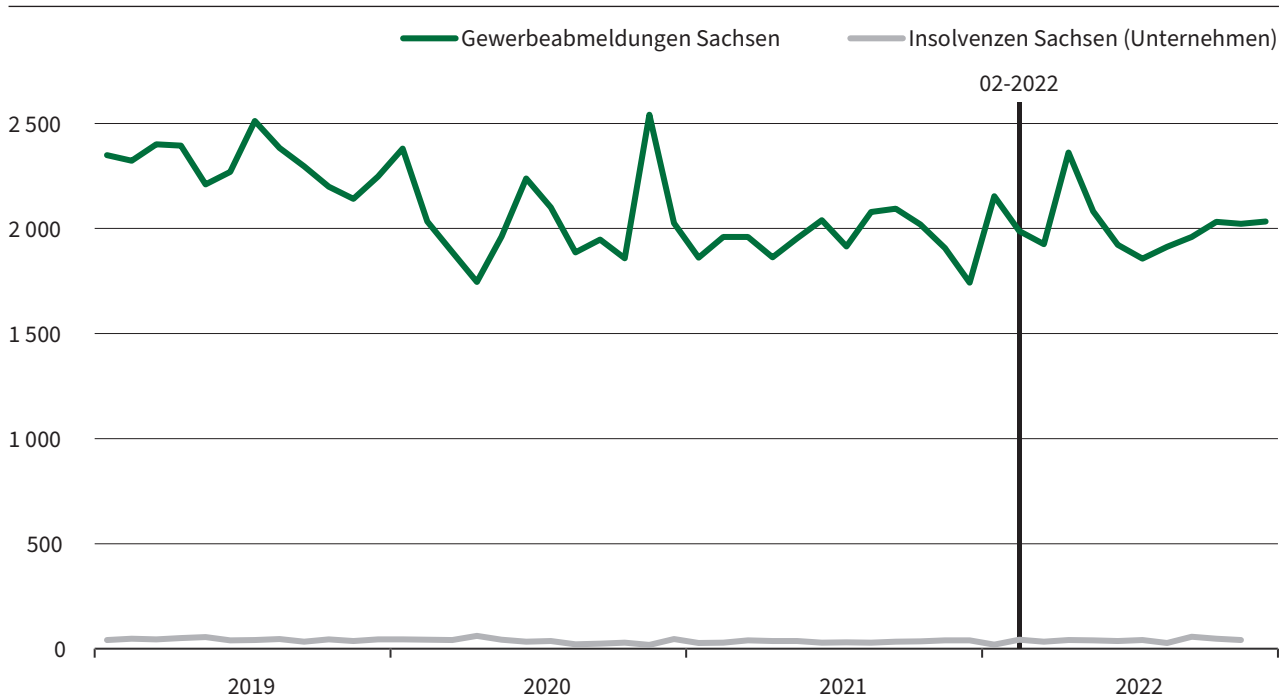
Neugründungen kompensiert, besteht kein Problem. Erst wenn über einen längeren Zeitraum die absolute Anzahl an Unternehmen zurückgeht, kann dies ein Zeichen für schwerwiegendere Probleme in der Wirtschaft sein.

Die Entwicklung der absoluten Anzahl von Unternehmen hängt davon ab, welche der beiden Zahlen überwiegt. Die Vermutung liegt nahe, dass die Krisen der vergangenen Jahre zu einem Einbruch der Gewerbeabmeldungen geführt haben. In einem Klima von Unsicherheit und hohen, für einzelne Unternehmer kaum zu kontrollierenden Risiken fällt der Schritt in die Selbstständigkeit womöglich deutlich schwerer. Doch auch diese Befürchtung wird durch die Zahlen entkräftet. Abbildung 3 zeigt den Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen. Seit Mitte 2020 weist Sachsen einen positiven Saldo auf. Seitdem nimmt die Anzahl an Unternehmen im Freistaat zu. Kurz vor Beginn des Krieges erreichte der Saldo seinen Höhepunkt, gefolgt von einem abrupten Rückgang. Seit Ausbruch des Krieges ist jedoch kein weiterer Rückgang zu beobachten und der Saldo ist weiterhin positiv. Somit haben sich weder die Coronakrise noch der Ausbruch des Krieges negativ auf die Anzahl der Unternehmen im Freistaat ausgewirkt.

FAZIT

Zu Beginn des Krieges waren die Befürchtungen groß, dass bereits durch die Coronakrise angeschlagene Unternehmen diese erneute Belastung nicht überstehen würden. In beiden Krisen wurde mit einer Welle von Insolvenzen gerechnet. Sie blieb jedoch während der Coronakrise aus, und auch der zweite Schock in Form des Ukrainekrieges hat bis jetzt keine solche Welle ausgelöst. Insolvenzen machen jedoch nur einen kleinen Bruchteil aller Gewerbeschließungen aus. Ein besserer Indikator ist deshalb die Zahl der Gewerbeabmeldungen.

Abb. 2
Gewerbeabmeldungen und Insolvenzen in Sachsen absolut (saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

Auch die Gewerbeabmeldungen weisen keine der befürchteten Wellen auf, weder während der Coronakrise noch in der aktuellen Krise. Doch auch Gewerbeabmeldungen in Isolation betrachtet haben nur wenig Aussagekraft. Ihnen sollten die Gewerbeabmeldungen gegenübergestellt werden, um zu sehen, wie sich die absolute Anzahl an Unternehmen verändert. Auch

der Saldo aus Gewerbeab- und -abmeldungen ist in Sachsen in den letzten Jahren konstant positiv. Somit nimmt die absolute Anzahl an Unternehmen durch beide Krisen hinweg stetig zu.

Fügt man das Bild der Insolvenzen und der Gewerbeab- und -abmeldungen zusammen, wird deutlich, dass die Coronakrise, in Bezug auf die Anzahl der Unternehmen, gut bewältigt

Abb. 3
Saldo der Gewerbeab- und -abmeldungen in Sachsen (saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

wurde und die aktuelle Krise ebenfalls keine spürbaren Einschnitte in die Unternehmenslandschaft in Sachsen hinterlassen hat.

QUELLEN

Europäischer Rat (Hrsg.) (2023), Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail, Download unter <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/>, heruntergeladen am 9. Mai 2023.

-
- 1 Die Darstellung als Quartalsdurchschnitt verringert die starken Schwankungen der monatlichen Daten und macht somit den zugrundeliegenden Trend besser sichtbar.
 - 2 Die Anzahl der Gewerbeanmeldungen geht über die der Neugründungen hinaus, da z. B. auch Ummeldungen dort miteingefasst werden. Gleiches gilt für die Abmeldungen. Zudem sind die Daten für die Gewerbeanmeldungen wurden nach der X11-Methode saisonbereinigt.

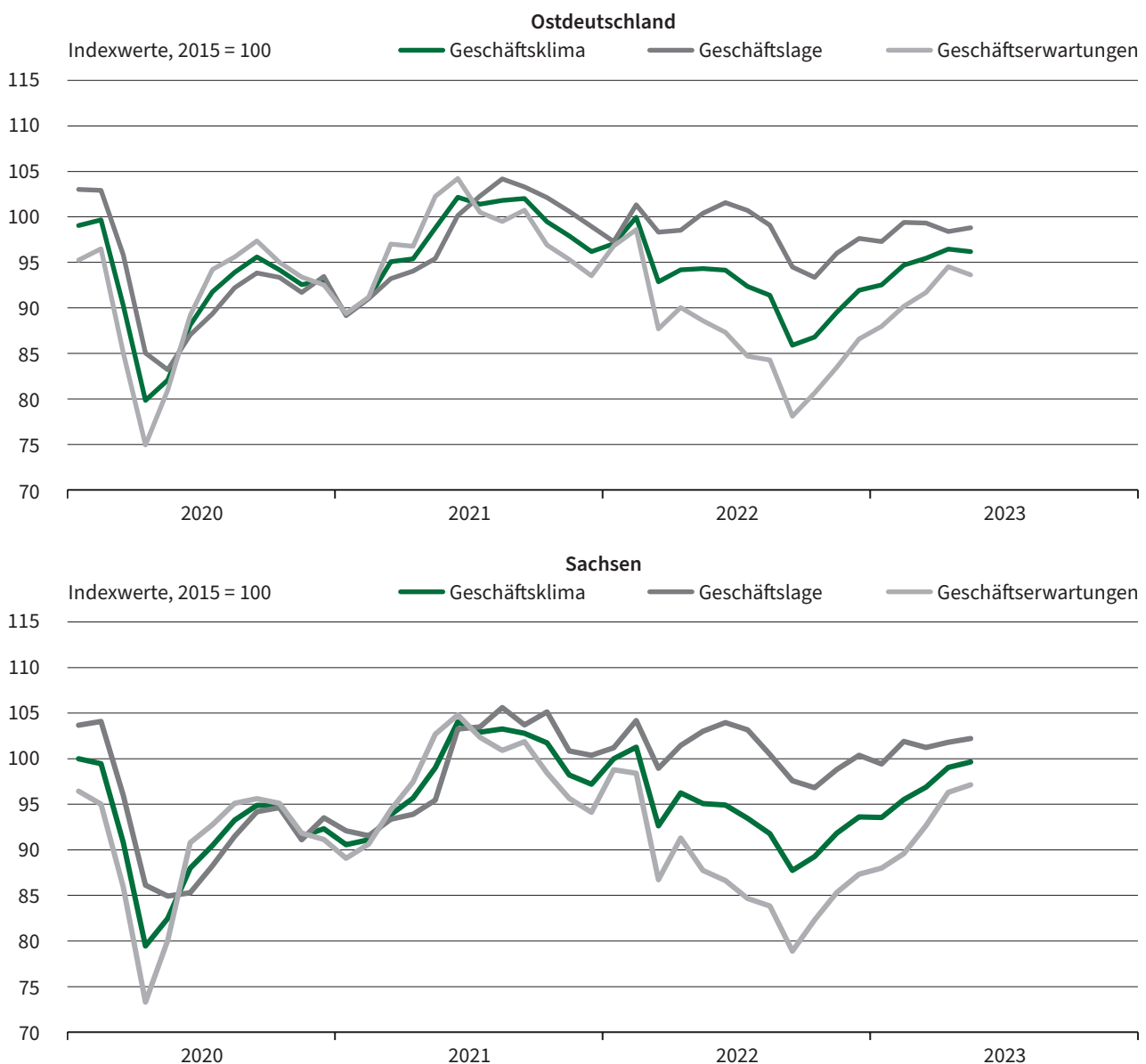
Niels Gillmann und Ernst Glöckner*

ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer*innen kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmen werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

Abb. 1

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)



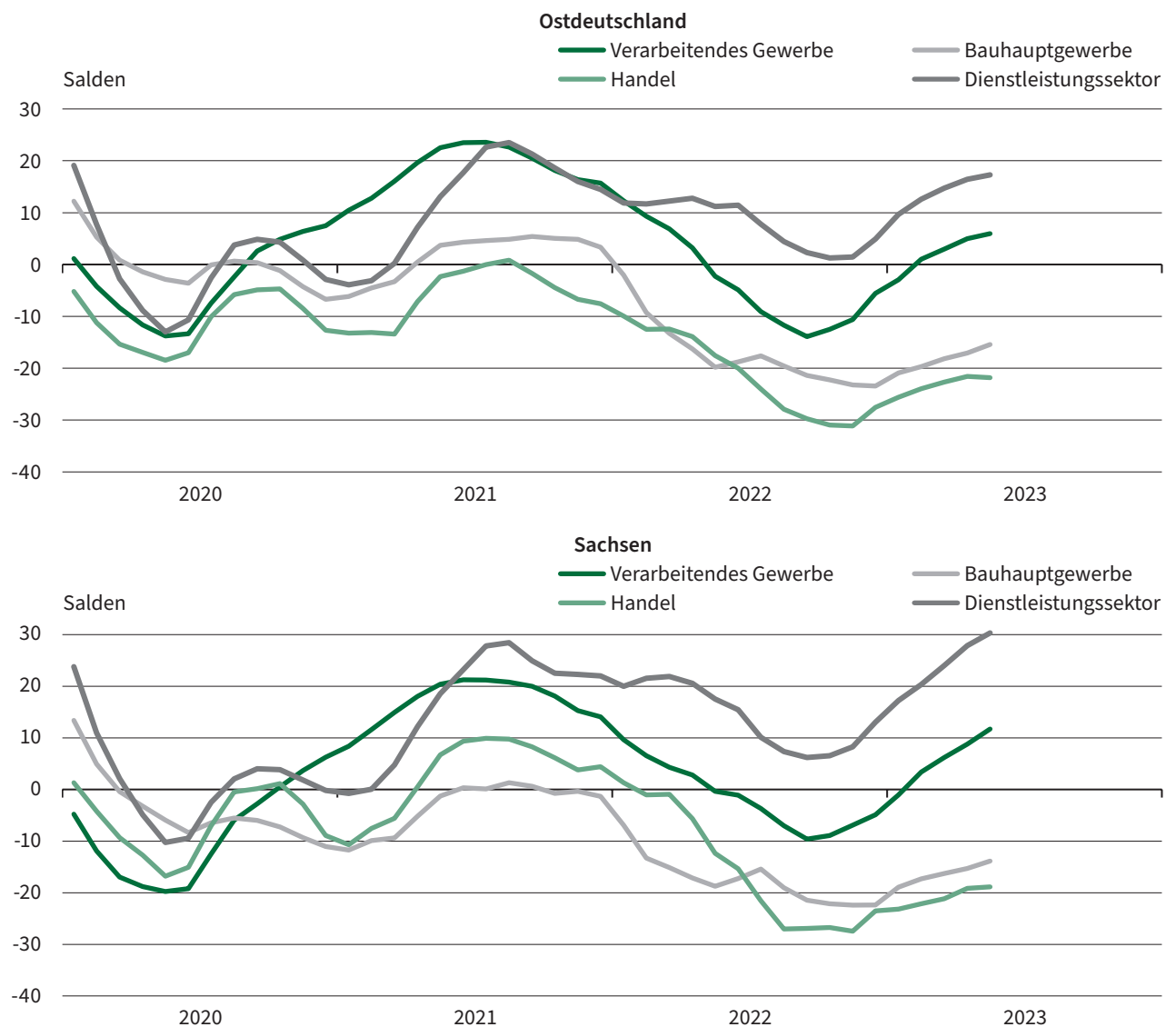
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2023.

© ifo Institut

* Niels Gillmann und Ernst Glöckner sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

Abb. 2

ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)

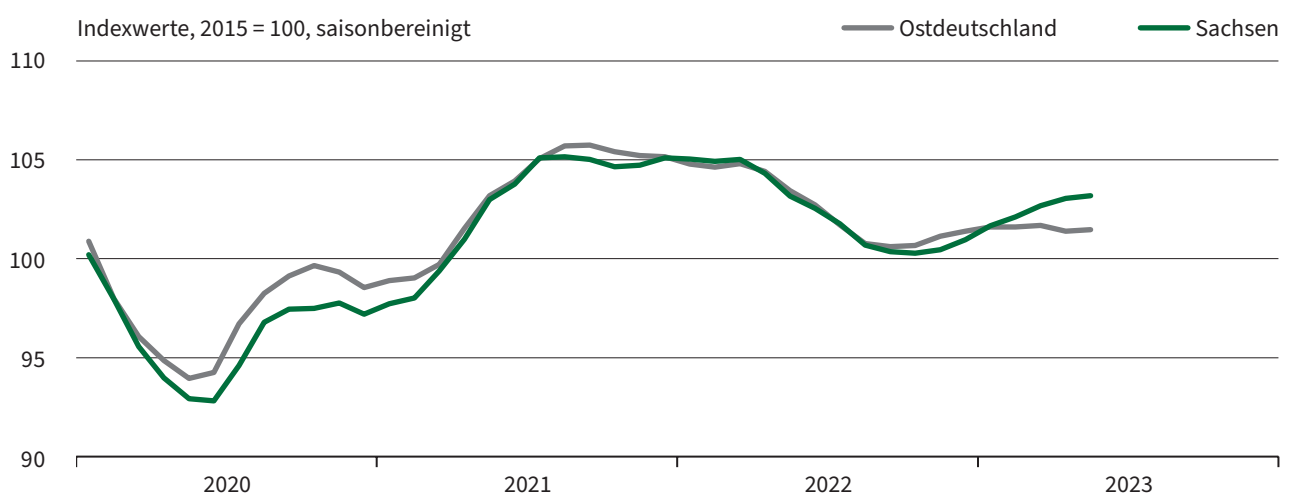


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2023.

© ifo Institut

Abb. 3

ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



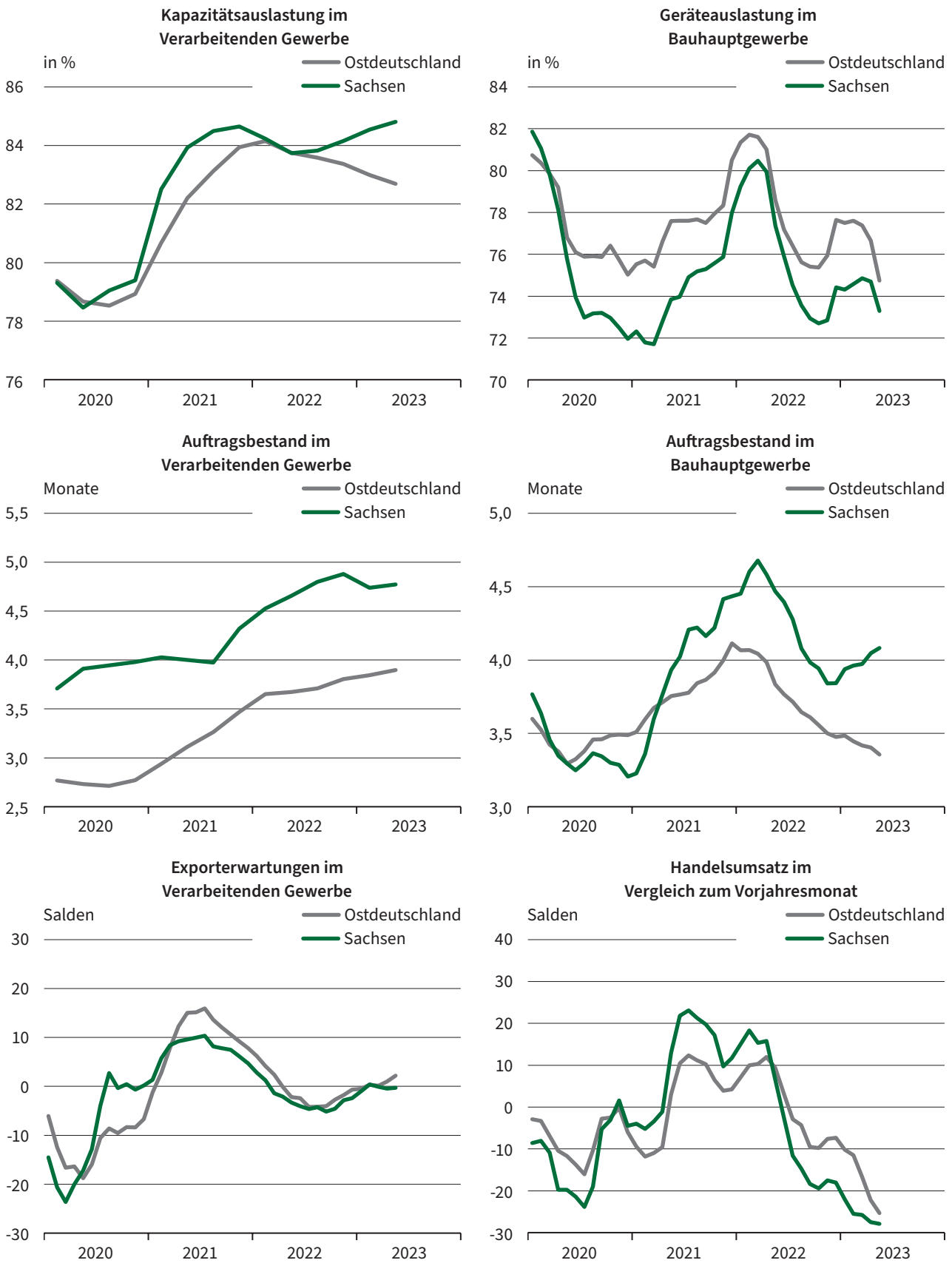
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2023.

© ifo Institut

Abb. 4

Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Mai 2023.

© ifo Institut

ifo Veranstaltungen

In den Räumen der ifo Niederlassung Dresden findet am **28./29. September 2023** der **13th ifo Dresden Workshop on Regional Economics** statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, ihre aktuellen Forschungsarbeiten zu den folgenden Themen einzureichen:
Regional Structural Change,
Development Economics,

Economic History,
Public Economics.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo.de/forschung/ifo-dresden) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Veröffentlichungen

Arin, Kerim Perin, Mazrekaj, Deni und Marcel Thum (2023), „Ability of Detecting and Willingness to Share Fake News“, *Scientific Reports* 13, 7 298, Download unter <https://doi.org/10.1038/s41598-023-34402-6>.

Brosch, Hanna, Heisig, Katharina und Larissa Zierow (2023), Der Einfluss der Tagespflege auf die kindliche Entwicklung, *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* (2023), Download unter <https://doi.org/10.1007/s11618-023-01150-2>.

Grauvogel, Julia, Konrad Kai A., Medunic, Filip, Nölke, Andreas, Petersen, Thieß, Rochlitz, Michael und Marcel Thum (2023), „Sanktionen gegen Russland: Wurde ihre Wirkung überschätzt? Eine Zwischenbilanz“, *ifo Schnelldienst* 76 (05), S. 3-22.

Krahen, Jan, Rocholl, Jörg und Marcel Thum (2023), „A Primer on Green Finance: From Wishful Thinking to Marginal Impact“, *Review of Economics*, 74 (1), S. 1-19.

Schneider, Friedrich, Schöb, Ronnie, Sinn, Hans-Werner und Marcel Thum (2023), „Reformen und Aufbruch – Der Verein für Socialpolitik von 1990 bis 2010“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 24 (1), S. 53-62.

ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Demografische Herausforderungen für die Stadt Meißen“, Vortrag anlässlich eines Bürgerdialogs Meißen, 3. Mai 2023, Meißen.

Ragnitz, Joachim, „Demografische Herausforderungen für die Gemeinde Weinböhla“, Vortrag anlässlich eines Bürgerdialogs in der Gemeinde Weinböhla, 4. Mai 2023, Weinböhla.

Ragnitz, Joachim, „Strategien gegen den Arbeitskräftemangel“, Vortrag anlässlich einer Kabinettsklausur der Landesregierung Thüringen, 8. Mai 2023, Schloss Ettersburg.

Ragnitz, Joachim, „Wirtschaftliche Perspektiven für Sachsen“, Podiumsdiskussion anlässlich eines Besuchs der britischen Ministerin für gleichwertige Lebensverhältnisse an der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dresden, 17. Mai 2023, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Die aktuelle wirtschaftliche Situation in Deutschland und Sachsen“, Vortrag bei der Seniorenakademie Dresden, 22. Mai 2023, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Forschung als Patentrezept? – Wissenschaftliche Einrichtungen als Instrumente des Strukturwandels“, Podiumsdiskussion auf der Jahreskonferenz der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland, 25. Mai 2023, Leipzig.

Ragnitz, Joachim: „Strategien für den Strukturwandel in den ostdeutschen Kohleregionen“, Podiumsdiskussion anlässlich des „Tages der Regionen“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWBS), 14. Juni 2023, Cottbus.

Ragnitz, Joachim, „Strategien gegen den Arbeitskräftemangel“, Vortrag anlässlich einer Tagung der Fachkräfteallianz Thüringen, 20. Juni 2023, Erfurt.

ifo in den Medien (Auswahl)

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Index gestiegen (März 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 30. März 2023.

„ifo Dresden: Die Geburtenzahl von Menschen in Ostdeutschland hängt stark vom persönlichen Umfeld ab“, Katharina Heisig, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 14. April 2023.

„Darum entscheiden sich so wenige Ostdeutsche für Kinder“, Katharina Heisig, Sächsische Zeitung, 14. April 2023, www.saechsische.de.

„Neue Studie vorgestellt: Wer weniger auf Job, Freunde und Hobby achtet, hat häufiger Kinder“, Katharina Heisig, 15. April 2023, Chemnitzer Morgenpost und Dresdner Morgenpost, www.tag24.de.

„Gewinne, Gewinne, Gewinne – Deutschlands Konzerne verdienen bestens. Nicht trotz, sondern wegen der Inflation. Eine Spurensuche zwischen Firmenzentralen und einem Friseursalon in der Oberpfalz“, Joachim Ragnitz, Süddeutsche Zeitung, 15. April 2023, S. 23.

„Geschäftsmodell Gier! So schamlos drehen Firmen an der Preisschraube“, Joachim Ragnitz, 16. April 2023, Chemnitzer Morgenpost und Dresdner Morgenpost, www.tag24.de.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Index gestiegen (April 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 27. April 2023.

„ifo-Institut: Ausblick der ostdeutschen Unternehmen besser“, ifo Institut, Niederlassung Dresden, 27. April 2023, www.faz.de, www.sueddeutsche.de, www.welt.de.

„Halbleiter aus Europa. Dresden erhält neue Chipfabrik – Kritik an Milliarden-Förderung“, Joachim Ragnitz, Leipziger Volkszeitung, 3. Mai 2023, www.lvz.de.

„Halbleiterproduktion in Dresden – Von der Leyen würdigt Erweiterung der Infineon-Fabrik als ‚Meilenstein‘“, Joachim Ragnitz, Deutschlandfunk, 2./3. Mai 2023, www.deutschlandfunk.de.

„Generation Jobhopping? Wie Bewerber jetzt vom neuen Arbeitsmarkt profitieren“, Niels Gillmann, Die Welt, 8. Mai 2023, www.welt.de

„Rentenvorschlag der CDU – Experten uneins über Anhebung des Renteneintrittsalters“, Joachim Ragnitz, MDR Aktuell Radio, 12. Mai 2023, www.mdr.de.

Zocken uns die Firmen ab? – Die Preise steigen. Das liegt nicht länger nur am teuren Gas. Auch die Firmen machen mehr Gewinn“, Joachim Ragnitz, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14. Mai 2023.

„Wenn nichts so bleiben kann, wie es war“, Marcel Thum und C. Katharina Spiess, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Mai 2023, S. 4.

„ifo Dresden: Knapp jeder Fünfte teilt Falschnachrichten, die er für wahr hält“, Marcel Thum, Pressemitteilung des ifo Instituts, 19. Mai. 2023.

„ifo Geschäftsklima Ostdeutschland: Index gesunken (Mai 2023)“, Pressemitteilung des ifo Instituts, Niederlassung Dresden, 30. Mai 2023.

ifo DRESDEN STUDIE 89

AUTOREN

Katharina Heisig
Marius Kröper
Tim Scheurer

ISBN

978-3-95942-120-1

HERAUSGEBER/DRUCK

ifo Institut
München/Dresden
2023

UMFANG / FORMAT

A5
130 Seiten
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen

PREIS

15,- Euro zzgl. Versandkosten
Die Studie kann als
pdf-Datei kostenlos unter
[https://www.ifo.de/publikationen/
ifo-dresden-studien](https://www.ifo.de/publikationen/ifo-dresden-studien)
heruntergeladen werden.

ifo INSTITUT
Niederlassung Dresden

Faktoren von Familien- gründung, Kinderlosigkeit und Kinderreichtum in Ostdeutschland

Diese Studie fokussiert, welche subjektiven Faktoren Familien-
gründungen, Mehrkindfamilien und endgültige Kinderlosigkeit in
Ostdeutschland beeinflussen. Dies untersuchen wir auf Basis des
Familienpanels pairfam mit multivariaten Logit-Regressions-
analysen. Für alle Fragestellungen zeigt sich, dass die relative
Wichtigkeit von Hobbies, Freunden und des Berufs der größte
Einflussfaktor ist. Für die Wahrscheinlichkeit, eine Familie zu
gründen, sind außerdem der Anteil der Personen mit Kindern im
Freundes- und Bekanntenkreis relevant, und, allerdings nicht
robust, die Lebenszufriedenheit und negative Erwartungen an
Partnerschaften. Für die Wahrscheinlichkeit, mehr als zwei Kin-
der zu bekommen, sind eine größere Zustimmung zur Aussage,
dass Kinder leiden, wenn sich Väter zu sehr auf ihre Arbeit kon-
zentrieren, sowie in eingeschränktem Maße die ideale Kinder-
zahl und positive Erwartungen an Partnerschaften bedeutsam.
Endgültige Kinderlosigkeit wird wiederum zusätzlich determiniert
von dem Anteil der Personen mit Kindern im Freundes- und
Bekannteskreis, der idealen Kinderzahl und den wahrgenom-
menen Kosten von Kindern.



Hinweis für externe Autor*innen

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autor*innen die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter dresden@ifo.de eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

Formale Anforderungen:

Der Leser*innenkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademiker*innen vor allem Entscheider*innen aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autor*innen** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

